

# Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Nr. 65.

Magdeburg, Mittwoch den 18. März 1925.

36. Jahrgang

## Kämpft um Eberts Erbe!

### An die Partei!

Der Kampf um die Reichspräsidentschaft ist eröffnet. Genosse Otto Braun ist unser Kandidat. Die Feinde der Republik zu schlagen, ist unser Ziel.

Nur tut zum Schutze der Republik eine starke Sozialdemokratie. Darum soll die Partei am 29. März ihre Kräfte zeigen.

Ungewis ist der Ausgang dieses Kampfes. Gewiß ist, daß jede für unsern Kandidaten abgegebene Stimme als hartes, entschiedenes

### Bekennnis zur Republik

politisch ins Gewicht fällt.

Der verstorbene Reichspräsident, Genosse Ebert, hat sein Amt in vorbildlich unparteiischer Weise geführt. Nichts anderes erwarten und verlangen wir von seinem Nachfolger. Darum hat der Parteivorstand einstimmig zum Kandidaten den Genossen Otto Braun bestimmt, in dem er den Eigenschaften und Würdigsten erblickt, das große Erbe zu übernehmen.

Wie Ebert ist auch Otto Braun

### ein echter Sohn des Volkes,

der sich durch eigene Kraft aus der Werkstatt zu führenden Stellen im Staate emporgearbeitet und in ihnen sein Können glänzend bewährt hat. Im Kampfe gegen die Rechtslosigkeit im Obrigkeitsstaat trug er ehrenvolle Wunden davon. Als einer der wenigen Vertreter des arbeitenden Volkes trat er im preussischen Dreiklassenparlament für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger im Geiste der Demokratie und des Sozialismus.

Er ist einer von denen, die der Frau das gleiche Recht als Staatsbürgerin erobert haben. Die Landarbeit hat er von den Fesseln der Gesindeordnung befreit. Demokratisches Freiheitsstreben, soziales Mitgefühl, unlösliche Verbundenheit mit den Massen des werktätigen Volkes kennzeichnen sein Wesen und Wirken.

Als

### Ministerpräsident des Freistaats Preußen

hat er in dreieinhalbjähriger Regierungszeit Entscheidendes dazu beigetragen, das deutsche Volk vor schwersten innern Erschütterungen zu bewahren und die Einheit der deutschen Republik zu erhalten. Er hat dafür den Dank und die Anerkennung aller Parteien erworben, die mit ihm zusammen gearbeitet haben.

Wir dürfen darauf vertrauen, daß die Kandidatur des Genossen Otto Braun bis weit über den Kreis unserer Partei hinaus werbend wirken wird.

Für sie gilt es jetzt alle Kraft einzusetzen, auf daß der 29. März ein Ehrentag für die Sache des arbeitenden Volkes werde! Es gilt, im Volke Verständnis dafür zu erwecken, daß ein Otto Braun ist, ein Kandidat monarchistischer Parteien nicht Oberhaupt eines republikanischen Staatswesens werden darf.

Hinter dem Kandidaten der Rechtsparteien steht die gesamte Macht des

### Großagrariertums und der Schwerindustrie,

der Leute, deren wirtschaftliches Programm sich in der Verteuerung der Lebensmittel, der Niederhaltung von Löhnen und Gehältern, der Verlängerung der Arbeitszeit erschöpft. Um dieses Programm zu verwirklichen, haben sie in der Reichsregierung alle ihre angeblichen „nationalen Ziele“ preisgegeben. Gläubiger und Sparer haben sie mit ihrem Aufwertungsversprechen in schamloser Weise geprellt. Dafür haben sie sich von der Regierung ohne Nachprüfung und Kontrolle 715 Millionen Goldmark als Entschädigung für den Ruhrkampf bezahlen lassen. Zu nichts anderem ist der Staat für sie da, als dazu, ihre maßlosen Machtansprüche zu befriedigen.

Zu diesem Ziele bedienen sie sich ihrer gefakten Presse, die beantragt ist, gegen ihre einzig gefährliche

Gegnerin, die Sozialdemokratie, täglich das Gift der Verleumdung in das Volk zu streuen.

Hilfe finden sie bei einer Partei, die sich eine Arbeiterpartei zu nennen wagt. Die kommunistische Partei, die der Reichsregierung im Reiche in den Sattel geholfen hat und die in Preußen alles tut, um den Machtkampf der Rechten gegen die Sozialdemokratie erfolgreich zu gestalten, hat auch zu diesem Wahlkampf im Interesse der Reaktion einen

### Zersplitterungskandidaten aufgestellt.

Sie hat das getan, obwohl sie weiß, daß die Stimmen, die sie dem sozialdemokratischen Arbeiterkandidaten zu entziehen versucht, nur den Feinden der Arbeiterklasse und der Republik zugute kommen können.

Im Kampfe gegen diese Niedertracht gilt es, die höchste Kraft zu entfalten. Es gilt zu verhindern, daß das Erbe Friedrich Eberts in unwürdige Hände gerät.

Die Feinde der Republik geben sich der Hoffnung hin, im ersten Wahlgang den Sieg erringen zu können. Das soll ihnen nun und nimmer gelingen! Keine Zersplitterung, keine Wahlmüdigkeit, alle Wählerinnen und Wähler am 29. März

### an die Urne für Otto Braun!

Mit ungeheuren Mitteln ausgerüstet, ziehen unsere Gegner in den Kampf. Nur die höchste Opferwilligkeit und Kampfbereitschaft unserer Genossen vermag ihnen ein Gegengewicht zu bieten.

Genossinnen und Genossen! Bedenkt, daß es um eine Entscheidung von weltgeschichtlicher Bedeutung geht! Bedenkt, daß es darum geht, in schwerem Ringen die steigende Kraft der Republik und des arbeitenden Volkes zu erproben!

Nur durch Opfer zum Ziele! Nur durch Kampf zum Siege!

Der Parteivorstand.

## Strefemann und Dheimb.

Vor wenigen Tagen ist die frühere Abgeordnete der Deutschen Volkspartei Frau v. Dheimb aus den Reihen der Stresemänner ausgeschieden. Sie hatte jener Partei, der sie sieben Jahre lang angehörte, kaum den Rücken gedreht, als von der Volkspartei parteiamtlich mitgeteilt wurde, daß Frau v. Dheimb nicht ausgetreten sei, sondern ausgeschlossen wurde. Es klappte also zwischen den Angaben der beiden Kontrahenten ein Widerspruch, den Frau v. Dheimb jetzt aufklärt und der nicht nur zeigt, wie von Stresemann Politik getrieben, sondern auch wie leichtfertig von seiner Partei Behauptungen aufgestellt werden. Die Angeklagte wird in ihren Feststellungen zur Anklägerin und verweist darauf, daß sie am 13. März ihren Austritt vollzog, während ihr erst am 14. März, abends 8 Uhr, durch Rohrpost von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei ein Brief folgenden Inhalts zugeing:

Im Reichsausgang der Deutschen Volkspartei kamen Anträge zur Erörterung, die darauf hinausliefen, Ihnen die Zugehörigkeit zur Partei mit Rücksicht auf Ihr parteischädigendes Verhalten in einer Reihe von Fällen in der letzten Zeit abzuerkennen. (Eintritt für Ebert und große Koalition.)

Aus diesem Briefe ist zu ersehen, daß Frau v. Dheimb tatsächlich zu der Zeit, mo sie ihren Austritt erklärte, noch Mitglied der Partei war. Aber ganz abgesehen davon interessiert uns weniger der Streit zwischen Frau v. Dheimb und der Volkspartei. Viel mehr Interesse haben wir für die Gründe des Ausschlusses, unter denen als erster der Eintritt der Frau v. Dheimb für Ebert angeführt wird. Praktisch läuft das darauf hinaus, daß auch Stresemann einen Ausschlussantrag seiner Freunde zum Opfer fallen muß, wenn in der Volkspartei noch ehrliche Politik betrieben würde. Er hat am 1. März 1925 „Dem verstorbenen Reichspräsidenten zum Gedächtnis“ in der „Zeit“ einen Artikel geschrieben, in dem es u. a. wie folgt heißt:

Die Zurückhaltung, die der Reichspräsident sich im öffentlichen Verkehr auferlegte, hat ihn nur mit wenigen Menschen in Berührung gebracht. Alle aber, die ihn kannten, und gerade die führenden Männer in Deutschland waren sich über den Charakter des Reichspräsidenten einig, und zwar ohne Unterschied der Parteistellung. Sie wußten, daß er völlig unfähig war, etwas wegen seines persönlichen Vorteils zu tun. Sie wußten, daß dieser Mann, der seine beiden Söhne

dem Vaterland hingegeben hatte und der es ablehnte, auch nur eine Zeile zu schreiben, um den dritten Sohn aus der Feuerlinie frei zu bekommen, innerlich unfähig war, Landesoberhaupt zu begehren, und sie wußten es, daß diese Behauptung des Reichspräsidenten doch die des Reichstagsabgeordneten Ebert war. Sie wußten, daß der damalige Reichstagsabgeordnete Ebert sich einst in jenem unglücklichen Jahre 1918 in einer Konferenz unter dem Staatssekretär Klinge hinter dem Rücken befand, daß in der Armee nicht mehr die alte Disziplin herrsche und er warne darauf hin, daß das Reich zusammenbrechen müsse, wenn die Armee nicht so bleibe wie früher, sie erinnere sich, daß dem Reichstagsabgeordneten Ebert einst die Frauen in die Augen traten, als er als Vorsitzender des Hauusausschusses mitteilte, daß Bulgarien uns verlassen habe und er nun auch den Zusammenbruch des Reiches voraussehe. Sie wußten, wie der Abgeordnete Ebert jenseits alles aufbot, um uns auf dem Wege der Konstitution unsers Verfassungslebens ohne Revolution zu einem guten Ende des äußeren und innern Kampfes zu führen und wie er später, als das mißlang, den Weg von der Diktatur der Volkbeauftragten zur geforderten Rationalisierungsverwaltung in Weimar führen wies.

All das, was Stresemann nach dem Tode Eberts der Öffentlichkeit gegenüber feststellte, hat Frau v. Dheimb anerkannt, als unter allzufrih verstorbenen Freund noch unter den Lebenden weilte. Dem Reichsaußenminister und dem Führer der Volkspartei hat hierzu der Antagonist Er lieh erst dem Tode die notwendige Anerkennung zuteil werden, weil das seiner Partei nicht mehr schaden konnte. Frau v. Dheimb ist einen ehrlichen Weg gegangen. Sie hat Ebert geschildert, wie er war und für was er lebte. Deshalb sollte sie ausgeschlossen werden. Das ist der beste Beweis dafür, wie groß die Unehrlichkeit in dem Lager der Volkspartei ist.

Kennzeichnend für die Unehrlichkeit der Deutschen Volkspartei ist auch ihre Haltung in der Präsidentschaftsfrage. Frau v. Dheimb teilt über die Rolle Stresemanns dabei mit:

Herr Stresemann hat in seiner Rede vor dem Reichsausgang in leidenschaftlicher Weise gegen die bürgerliche Sammelkandidatur gekämpft und dadurch die doch selbstverständlich weniger orientierten Wahlkreisvorsitzenden und Parteiführer zu einem Beschluß gebracht, der eigentlich der Mehrheit der Deutschen Volkspartei widersprach. Der größere Teil der Vertreter hatte sich für den Sammelkandidaten der bürgerlichen Parteien ausgesprochen und sich damit dem Gedanken der Reichstagsabgeordneten angeschlossen, weil dieser Sammelkandidat ja auch der seit 1 1/2 Jahren geführten politischen Linie entsprach, eine bürgerliche Mehrheit zu schaffen.

Der Öffentlichkeit gegenüber wird die Schuld am Scheitern der Sammelkandidatur dem Zentrum in die Schuhe geschoben. In Wirklichkeit wollte Stresemann seinen Jarres haben und keine Schieberei war ihm schädlich genug, um das Ziel zu erreichen. Stresemann und Jarres sind einander wert. --

### Die Blutschuld an Halle.

Den Kommunistenführern ist sehr wenig an der reiflichen Aufklärung der blutigen Vorgänge in der Kommunistenversammlung in Halle gelegen. Seit nicht wenigstens, daß sie nichts dazu beitragen, sondern die uninnige Schieberei, verursacht durch einen übernervösen deutdnational eingestellten Polizeioffizier, zu einer unverdächtigten Hege auf die Sozialdemokratie auszuüben. Und ob es auch zehn Leichen sind, den Kommunisten sind sie ein selter Agitationshappen für die Reichspräsidentenwahl. „Augenzeugen“ reihen durchs Land und verüben die kommunistische Mitschuld durch wütendes Geschimpfe auf Sozialdemokraten -- besonders auf Runge und Sebering -- zu verdecken.

Das selbe Spiel treibt die kommunistische Presse, vorweg die Berliner „Rote Fahne“. Als Beispiel sei folgendes Gedicht in diesem edlen Kommunistenorgan angeführt:

Der Leutnant weiß, was Sebering schäme.  
Proleten liegen von Angeln zerfetzt.  
Blut auf den Steinen.

„Muffergültig!“ Blut-Sebering sprudelt.  
Der Leutnant Fießer gibt den Bericht:  
Was liegt an den Schweinen?

Solche widerliche und verlogene Hege erscheint den Kommunistenführern für ihre Zwecke dienlicher, als die Feststellung der eigentlich Schuldigen.

Folgen wir daher dem sozialdemokratischen „Volksblatt“ für Halle, das u. a. schreibt:

Wir stellen zunächst fest, daß die Polizei gar nicht hejuga war, das Reden der beiden ausländischen Kommunisten bzw. die Uebersetzung der ausländischen Reden zu verbieten. Auf welche heute noch möglicherweise bestehende Verfügung sich die Polizei bezogen hat, bleibt wahrlich ihr Geheimnis, wenn sie es nicht vorziehen sollte, der Öffentlichkeit rechtzeitig darüber Aufklärung darüber zu geben. Nach Lage der Dinge hätten vorbeugende Maßnahmen der Polizeiverwaltung nur dann stattfinden können und stattpfunden dürfen, wenn, sagen wir einmal, von rechtsradik-



...wären, die auf eine Störung der Sicherheit hätten schließen lassen, oder wenn irgend etwas der Versammlung vorhergegangen wäre, geeignet, Befürchtungen der Polizei aufkommen zu lassen. Nichts von alledem lag vor. Nicht einmal auf Grund des Vereinsgesetzes, das ja durch die Reichsverfassung erlebte ist, war die Polizei befugt, technische Vorbereitungen, wie wir sie erlebt haben, zu treffen.

Die Polizeileitung hat also aus Unkenntnis und aus einem Dienstfehlern heraus, den wir gegenüber den rechtsradikalen Ausschreitungen vermissen, die ursprüngliche Schuld an einem Blutbad auf sich geladen, dessen Folgen heute noch nicht abzusehen sind. Aber gesetzt den Fall, die Polizeileitung hätte sich auf eine zu Recht bestehende Verfügung, nach der Ausländer nicht sprechen dürfen, berufen, so wäre das ganze Polizeiaufgebot sowie das Vorgehen dieses Aufgebots nach keiner Seite hin zu rechtfertigen gewesen. Zwei aufsichtführende Beamte hätten genügt, um die Beobachtung der Durchführung der erlassenen Anordnungen vorzunehmen, und es hätte vollkommen genügt, wenn die Versammlungsleitung, die in der Tat von dem unrechtmäßigen Verbot orientiert war, strafrechtlich zur Verantwortung gezogen worden wäre.

Wie man die Dinge also auch immer ansieht, das Bild, das die Polizeileitung bietet und das wir bereits mehrmals zu unserm lebhaftesten Bedauern an dieser Stelle geben mußten, ist ein vom Standpunkte des entschiedenen Republikanismus höchst unerfreuliches.

Das „Volksblatt“ kommt zu dem Schluß, daß der Polizei der größte Teil der Verantwortung an dem Blutbad beigemessen ist und fordert zunächst die Dispensierung der schuldigen Beamten vom Dienst. Dann geht es zur

### Mitschuld der Kommunisten

über und schreibt:

Diese Tatsache kann uns jedoch nicht veranlassen, die Augen vor der moralischen Mitschuld der Kommunisten zu verschließen. Wir stellen heute noch einmal fest, daß in dem Protokoll, das Hertel (Kommunist) unterzeichnet hat, vermerkt war, daß, wenn trotz des Verbots ein Ausländer sprechen sollte, dies durch die Polizei verhindert werden würde. Ganz gleich, ob die kommunistische Leitung der Meinung war, daß die Polizei sowohl gesetzlich wie verfassungsmäßig im Unrecht war, mußte sie an dem Polizeiaufgebot festhalten, daß es den Beamten mit der Durchführung der Verordnung auf alle Fälle Ernst war.

Die Versammlungsleitung sah sich einer Macht gegenüber, die stärker war als die unorganisierte Masse des Saales. Sie sah, daß diese Macht entschlossen war, mit allen Mitteln die — wenn auch mißverständliche — Staatsautorität zu schützen bzw. wiederherzustellen. Die sittliche Pflicht der Kommunisten am Vorstandsitz wäre es also gewesen, die Versammlung, wenn auch unter Protest gegen die Polizeimaßnahme, über die tatsächliche Lage und über die Gefahren, die sich aus einer solchen Lage ergeben könnten, aufzuklären. Es war die sittliche Pflicht der kommunistischen Versammlungsleitung, die Versammlung gegen Polizeigewalt zu schützen. Dieser Schutz konnte naturgemäß nur in der Form wirksam werden, daß die Leitung die Massen auf die Gefahren eines Machtkampfes aufmerksam machte und sie aufforderte, sich den Anordnungen, jagen wir: den rechtsradikalen Anordnungen der Polizei zu fügen. Bei der Wahl zwischen kommunistischem Prinzip und der Erhaltung von Menschenleben kann es keinem verantwortlichen politischen Führer schwerfallen, die Entscheidung zugunsten des bedrohten Menschenlebens zu fällen.

Warum hat die kommunistische Leitung nicht in aller Form rechtzeitig gegen das Verbot des Auftritts der ausländischen Redner Protest erhoben? Warum hat sie nicht diesen Protest mit verfassungsrechtlichen Gründen belegt? Wir haben das bestimmte Gefühl nach den bisherigen Erfahrungen, daß die kommunistische Partei den Zusammenstoß mit der Polizei gesucht hat, daß sie ihn gesucht hat, um eine Wahlparole in die Hand zu bekommen.

Es dürfte nur wenige kommunistische Arbeiter geben, die bereit sind, einen Häftling zu wählen. Man braucht also mehr als den Kandidatenkandidaten Häftling, man braucht eine Parole, eine zugkräftige Parole. Man braucht ein Blutbad, wie man es schon so oft gebraucht hat. Die Kommunisten, die Hunderte und Tausende unschuldiger Arbeiter in die Gefängnisse und Zuchthäuser bringen, diese feigen Kommunisten, die ihre besten Funktionäre als Spitzel abspionieren, wenn sie ihnen un bequem werden, diese Kommunisten, die durch den Mund Lenins Lüge und Verleumdung zum vornehmsten Kampfmittel gegen die eigene Klasse proklamieren haben, diese Kommunisten gehen über Leichen mit der größten Kälte hinweg. Was es doch Len Trozki, der 1920 auf einem Moskauer Kongreß unverfroren erklärte, daß die Moskauer Diktatoren an ihren

Zielen festhalten würden, selbst dann, wenn 75 Prozent der russischen Bevölkerung dabei zugrunde gehen sollten.

Wir haben mit den Opfern des kommunistischen Wahnsinns das tiefste Mitgefühl, aber wir verabscheuen diejenigen, die Menschenleben als Dünge für ihre verwerfliche, tobbringende Agitation benutzen. Und darum wird sich jeder gestützte Arbeiter mit Ekel von dem kommunistischen Treiben wenden, das seinen Ausdruck jetzt in lärmenden Kundgebungen, lärmenden Protesten und in Versuchen findet, wieder einmal die Sozialdemokratische Partei für die Katastrophe verantwortlich zu machen.

Der Hallischen Polizeileitung blieb es vorbehalten, der kommunistischen Partei, wie auch bereits die in Berlin erfolgten kommunistischen Wahlveranstaltungen beweisen, die Wahlparole zum 20. März zu liefern. Die kommunistische Partei hat die ihr von der Polizei gebotene Gelegenheit begierig aufgegriffen. Kommunistische Partei und Polizeileitung haben glänzend Hand in Hand gearbeitet, zum Schaden der Republik, zum Schaden des deutschen Volkes und zum Schaden der Zukunft des deutschen Volkes.

Wie zu befürchten war, ist nun auch das zehnte Opfer im Krankenhaus von Halle seinen Verletzungen erlegen. Von acht Toten konnten die Namen in Erfahrung gebracht werden. Sie heißen:

- Wilhelm Hertling, Eichendorffstraße,
- Fritz Weinede, Weingärten 39,
- Kurt Eichel, Dorfstraße 26,
- Frau Elzriede Meit geb. Kart, Gerberstraße 13,
- Frau Agnes Koppe geb. Porfils, Kleine Gosenstraße 4,
- Hans Dittmar, Zimmererlehrling, Brachwitzer Straße,
- Erich Dieke (Wohnung unbekannt),
- Walter Raumann, Reideburger Straße.

Die Obduktion der Leichen hat bereits stattgefunden. Die Hinterbliebenen der Opfer wollen Strafantrag gegen die verantwortlichen Polizeibeamten stellen.

Unter den Verletzten befindet sich auch der Polizeileutnant Pieker, der ein Bierseidel gegen den Hals erhalten hat. —

### Der kleine Jarres.

Freiherr v. Freytagh-Soringhofen, deutschnationales Mitglied des Reichstags, gegen den Strejemann wegen Verleumdung ein Strafverfahren eingeleitet versuchte und der wenige Tage vor der Verabschiedung des Vertrages mit Siam auf das schärfste gegen diesen weiterte und später gemeinsam mit seiner Fraktion den Vertrag annahm, leistet sich heute in der „Nationalpost“ folgenden schönen Satz:

Jarres ist nicht der große und gewaltige Mann, dessen Kommen wir alle ersehnen und erhoffen.

Aber gewährt soll er doch werden, weil er ein gefügiges Werkzeug der Deutschnationalen um so besser werden kann, je weniger er ein „großer gewaltiger Mann“ ist. —

### Achtzehnhundertachtundvierzig.

Da die Monarchisten jeden Tag, der an die Hohenzollernndynastie und ihre Machtzeiten erinnert, mit Pauken und Trompeten feiern, haben die Republikaner die Pflicht, am 18. März der kühnen Pioniere von 1848 zu gedenken, die unter der Fahne Schwarzrotgold für die große deutsche Republik gekämpft haben. Den sozialistischen Arbeitern aber wird es wieder Schmerz und Schmutz, daß es Proletarierleichen gewesen sind, die als Blutzengen auf den Barrikaden gelegen haben. Vor den aufgebahrten erschossenen Proletariern — „die Kugel mitten in der Brust, die Stirne breit gespalten“ — hat der wortbrüchige König, der „erst ein Komödiant“ gewesen, das Haupt entblößen und sich verbeugen müssen.

Die besten Köpfe und heißesten Herzen der Märzrevolution wollten den vollkommenen Niederbruch der Feudalherrschaft, um der industriellen und kapitalistischen Entwicklung des Jahrhunderts freie Bahn zu schaffen. Eine Revolution des Bürgertums war die Märzrevolution, die Revolution des freien Bürgertums, das später die Führer des aufstehenden Proletariats in die Gefängnisse warf, das, ohne auf die rücksichtslose Ausbeutung der menschl-

ichen Arbeitskräfte verzichten zu können, den Klassenkampf unmoralisch nannte, weil ihm für dessen historische Logik die Logik fehlte. Die politische Freiheit, für die schon die Männer von 1848 gekämpft haben, hat erst der November 1918 gebracht. Das Hochziel der Kämpfer von 1848, die Aufrichtung der Republik, ist zum Werke der sozialistischen Arbeiter geworden, zu einem Werke, das noch unvollkommen, wankender und wirkender Herrschaft harret.

Kaum aber sind die ersten Steine zum Bau geschlagen worden, da rühren sich schon wieder die alten Mächte zu ihrem Sturz. Das Gedanken an die Revolutionszeit des März und an die Reaktionszeit nach 1848 sei allen Republikanern Warnung und Aufruf zum Wachbleiben. Denn der Kampf um die Präsidentschaft der jungen Republik, der in diesem März ausgefochten wird, wird zum heißen Entscheidungskampf zwischen Schwarzrotgold und Schwarzweißrot werden. Das Wort des Dichters der Märzrevolution, das Wort Freiligraths von der „heißten Märzzeit trotz Regen, Schnee und allem dem“ trifft auch auf den März des Jahres 1925 zu.

Wenn die Reaktion in diesem Kampfe siegen würde, dann hätte das deutsche Volk aus einem Jahrhundert deutscher Geschichte nichts gelernt. Wenn aber die Republikaner den Sieg erringen, dann ist der Ruf der im März 1848 gefallenen Freiheitskämpfer an die Lebenden erhört worden, der Ruf, dem Freiligrath Ausdruck gab mit den Worten:

O steht gerüstet, sei bereit, o schaffet, daß die Erde, darin wir liegen starr und starr, ganz eine freie werde. Daß fürder der Gedanke nicht uns stören soll im Schlafe; Sie waren frei, doch wieder jetzt — und ewig! — und sie Sklaven.

### Politischer Mordprozeß.

Bei dem politischen Mordprozeß, der am 24. März vor dem Münchner Schwurgericht beginnt, soll endlich die geheimnisvolle Morde an dem Kellner Hans Hartung auf Halle geklärt werden.

Die Leiche Hartungs wurde am 4. März 1921 bei Zusmarshausen (Bezirk Augsburg) in der Zucht gefunden. Über die Tat selbst drang aus der staatsanwaltlichen Untersuchung, die in letzten halben Jahre von keinem Erfolg war, so gut wie gar nicht an die Öffentlichkeit. Es scheint aber festzustellen, daß Hartung von rechtsradikalen Geheimorganisationen als Verräter von Waffenvertreten an die Entente angesehen und deshalb seine Befreiung beschlossen wurde.

Angeklagt sind der Landwirt Max Neuzert und der Student Richard Ball. Der erste ist in der schmerzhaften Geschichte des verbrecherischen Münchner Rechtsradikalismus eine nicht unbekannt Persönlichkeit. Als blutjunger Leutnant aus dem letzten Kriegsjahr wurde er als Ordnungszug im Reichswehrkommando München verwendet, wurde dann der Schweregefecht des Präsidenten vom Königlich Bayerischen Automobilklub namens Zermat, der erst kürzlich vom Landgericht Traunstein wegen eines Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz zu mehreren Monaten Gefängnis, natürlich mit Bewährungsfrist, verurteilt wurde.

An der Hochzeit des Neuzert beteiligte sich der ehemalige Kronprinz Ruprecht. Eine dunkle Rolle spielte Neuzert dann als Vertrauensmann im Münchner Polizeipräsidium unter Poschner, wo er besonders als Verbindungsmann zwischen der Polizei und den rechtsradikalen Geheimorganisationen tätig war. Als solcher wurde er auch in die Dobler-Affäre verwickelt (1921). Neuzert war der Führer jenes Kraftwagens, in dem Dobler, den man ebenfalls des Verrats von Waffen an die Entente beschuldigt, erwidert werden sollte. Dann tauchte der Name Neuzert im Prozeß Machhaus auf und schließlich wurde Neuzert jener Mann, der im Auftrag Ludendorffs in der Nacht des Hitler-Rufes zu Ruprecht fahren sollte, um ihn über die „nationale Diktatur“ zu unterrichten. Neuzert ist also eine Persönlichkeit, aus deren Entscheidung man anlässlich des Mordprozesses aus politischen Interessen sehr gespannt sein dürfte.

Es verlautet allerdings, daß der Prozeß zum großen Teil hinter verschlossenen Türen geführt werden soll. —

### Kleines Feuilleton.

#### Paul Wegener als Geschäftsmann.

Theaterkunst ist eine hohe und begeisterte Sache — man braucht da bloß an die Goltorf-Truppe zu denken — Theatergeschäft ist niederträchtige Demotivhandlung. Das haben der vergrämte Max Reinhardt vorweggenommen hat, glauben sie alle nachmachen zu dürfen. Reinhardt nicht allein in der Kunst der Inszenierung, sondern auch in der Ausbeutung der geschäftlichen Konjunktur, hatte der den weiblichen Brand angeführt, jede erfolgreiche Bühnen-Anscheidung durch die ganze deutsche Provinz zu schleppt wie Damm und Sackel ihren amerikanischen Riesengiganten. Man könnte einwenden, ein Patriarchat mit einer Truppe, die sich aus Schauspielern dritter Garantur zusammensetzte, und ließ von ihnen den „König Oedipus“, das „Mizabel“ oder den „Manen Vogel“ spielen; die Statisten nach man aus Freiwilligen an, und alles bräuge sich hierzu und reamomente nach jeztelang damit, daß sie bei Reinhardt mitgewirkt hätten. Je weiter sich diese angeblich Reinhardtische Truppe, um die sich der Gewichte nur noch als ein Kentaubillitätsfaktor kümmerte, von der Reichshauptstadt entfernte und je länger die „Kunstreise“ dauerte, um so kühnlicher und kühner wurden die Vorstellungen.

Das ist das Musterbeispiel für Theatergeschäft großer Teile. Das Reinhardt sah überall, im letzten Reklamewege, einer wohlwollenden Presse verfallen, hat, nur nebenbei, gegen den Wegener eine „Kunstreise“ nicht aufzugeben. Diese Theatergeschäfte sind nicht immer wieder und immer wieder. Wenn ja, wie die Filmstars eigene Gesellschaften gründen, für die ihr Name als Schar beut — nicht ohne die kühnste Leistung —, jählingen berühmte Schauspieler aus ihren Kuppeln Namen Kapital. Man müßte ein paar Schauspieler an, die beiseite nicht so gut sein dürfen, daß sie den Obergeschoß bezaubern können, und jezt sie dazu, im Voraus kündend um der Reklame angenehmer, in Richtung Karl Wegener dem Deutschen Theater, der beim Jahr seinen letzten geschäftlichen Schritt empfangen haben dürfte, hat sich ebenfalls nicht diese Kunstreisener begeben. Wir kennen ihn von seinen Schiffsreisen. Da ist er wohl auch einmal mit Schiffsreisen gekommen. Über er hat uns immer wieder die besten Werke vermittelt: der „Vater“ oder „Jüngling“ von Schiller, der „Land Andriens“ „Gedanken“. Das waren künstlerische Missionstreffen.

Aber davon kann diesmal keine Rede sein. Der be-

traute Kellner des Stadttheaters

ihn in seinen Stanzrollen: als Philipp 2. im „Don Carlos“, als Laubius im „Hamlet“, als Franz Moor, als Danton in Kollands Drama. Dann noch: er eine Erholungsstunde und fährt etwas bekommen jetzt.

Die Dramen, mit denen Paul Wegener und sein Ensemble in unserer Stadttheater auftritt, sind gewiß kein künstlerisches Edelgut. Ein Sudermann und ein französisches Schauspiel. Das gibt es von beiden Arten besonders heute auch Schlechteres. Und beim Betrachten der beiden Stücke wird ihre Wahl halb erklärlich. Die Dramen haben als Hauptrollen zwei Gestalten, die Wegener entgegenkommen und ihn reizen müssen. Der Sudermann scheint geradezu für ihn geschrieben zu sein. Und die Ergebnisse, die das Stück gehabt hat, hängen auch nur mit Wegeners Roman zusammen. Und da er uns doch an dem Schauspiel die Hauptrolle ist, so ist es voll und ganz einzusehen, wenn der Schwerpunkt dabei auf den Wegener-Rollen liegt und weniger auf der dichterischen Qualität des Repertoires.

Das ist weder „voll“ noch „ganz“ einzusehen. Nichts bloß noch, daß unser Geschäftsmann aus dem Theaterbureau, der wie der Knecht eines Kaufmanns anfährt, der Maschinenführer Hoermann sei „noch schlechter“, von dem „auf den Leib geschriebenen Rollen“ Schwärze. Es ist kein Kompliment, wenn behauptet wird, die Hauptrollen in den „Kaschowitz“ und in „Jacqueline“ können Wegener entgegen. Der Leib, auf den solche Rollen geschrieben sind, hat nichts Edles mehr, der ist nur noch widerwärtig. Der Leib manigfaltig, der Schauspielers, Roman Hollands und Strindbergs Schrift gezogen hat, dürfte sich von Sudermanns Gestalten nicht begeben lassen.

Das französische Stück zeigt, obwohl es vom Publikum viel ungeduldiger aufgenommen wurde als das deutsche, hoch über jenem. Sein Held, Armand Berion, ist ein Sadist, der jede Frau vor sich absperrt, die Gesetze in die Arme eines Fremdes treibt und durch die Griesgramm des besten Gattin berührt: in den nächsten sechs Monaten wird er so weit über sich selbst hinauf — genau durch ein Erlebnis mit einem Knaben, das trotz der glanzvollen Anordnungen von ihm weggeführt —, daß er sich als Schwelger bekennt und an der Wälderin seiner Jacqueline, die sich ihm mit unendlicher Offenheit anbietet, Rache nimmt. Dieser in Reizung und Unruhe zum Geschlechtliche entartete Bourgeois — Reiterpöbel kommt fast nur in den oberen Stunden, anfertigen unter Menschen in primitiven Verhältnissen vor — ist gewiß keine tragische Figur, die unser Mittel erzeugen konnte, weil er jener Typus des Unternehmers, der über Leichen hinweggeht um in seiner Zeit zu gelangen. Über er ist meinetens

schlich, und der Verfasser des Stückes, Sacha Guitry, behandelt den pathologischen Fall mit jener brutalen Offenherzigkeit, die Guy de Maupassant eigentümlich ist. Die Offenherzigkeit macht es, daß auch die heftigsten geschlechtlichen Dinge nicht abstoßend wirken: der französische Fakt, das Ereignis hundertlänger gesellschaftlicher und literarischer Schulung bewährt sich hier — erst im letzten Augenblick, wenn Verion seine irrationales Opfer vor das Bild der Gemordeten schleppt, ste mit der reichlich unlabialermöglichen Aufforderung „Kreuz dich binwirft“, sträubt sich unser Gefühl. Aber an diesem ganzen Schluß ist der Film in schuld: wie die Frau den Revolver zieht, der Mann sich sprunghaft, die Segnerin immer im Auge, zusammenkauert um den Stuhl zu erwidern, mit dem er sie über den Haufen wirft und entwarf: das ist ausgeprägter Rindramatiz. Immerhin ist die Handlung ganz geradlinig ohne Abschweifungen in Epizodenhafte mit erstaunlicher Sicherheit durchgeführt, die Spannungsmomente in den drei Akten: das Eintreffen der Invalide, diebstahl anstatt der erwarteten Gattin im ersten, der Wälderin im einzigen Moment der Entspannung im letzten und der Gattin zur Flucht bei dem Mädchen im zweiten Akt, das Bild der Unschickbaren: der Gattin Jacqueline, des Polizeikommissars von Verion von dem Mord benachrichtigt — der dramatische Virtuosität, die sich darin offenbart, konnte man seine Anerkennung nicht verweigern. Ich müßte nur einen einzigen deutschen Autor der sie allenfalls besitzt: Karl Schönherr.

Wir wären gewiß nicht entzückt von diesem Schauspiel, weil nicht bei Wegeners Verförderung der Hauptrolle, zumal in Trabanten, mit denen sich das Gattin erster Ordnung umgeben hätte, weit unter ihm blieben, auch die Strahmann nur wenig ausgenommen, von der die Magdeburger, trotzdem sie nur wenig Verstandesmäßig ist und ein unheillich bleichernes Organ hat, merkwürdig viel dahermachen. Herr Sturm mauischelte sich häufige durcheinander und blieb am Höhepunkt des ersten Aktes stehen. Als Regisseur ist er verantwortlich für die schreckliche brante, mit roten Bollblumen bezierter Decke über dem goldenen Koltokisch und für ein unmöglich kostümiertes Dienstmädchen. Grete Schröder als kleines Straßenmädchen in anfer Wegener die einzige Sympathische — nur vielleicht die höchsten zu Reinbürgerlich. Allerdings was sich am vorhergehenden Abend auf diesen Vertretern abspielte, dafür sind auch die härtesten Worte zu sanft. Ein offenkundiges Sittenbild entrollt Guitry man in seinen „Kaschowitz“: der Vater Gutbergh spielt Vorlesung für den schwermütigen Sohn, der in eine seiner Dame vom horizontalen Gewerbe beschaffen ist und in einem Reize zu ihr die ganze Würde herabläßt.



# Landfeuerzozietät und Landbund.

In der Landfeuerzozietät werden öffentliche Gelder in großem Maße. Wir machen die Aufsichtsbehörde auf ein unläufiges Gerücht aufmerksam, nach welchem zwischen dem Landbund, einer wirtschaftlichen und politischen Interessentenorganisation, mehr als merkwürdige Beziehungen bestehen.

Wir fragen:

Ist es richtig, daß aus der Kasse der Landfeuerzozietät an den Landbund der Provinz Sachsen ein laufender Betrag von 50 000 Mark gezahlt wird?

Ist es richtig, daß dem Landbund diese Summe ohne jede Gegenleistung gegeben wird?

Ist es richtig, daß der Landbund dieses Geld zu politischer Propaganda, insbesondere zur Beeinflussung der Presse, verwendet?

Ist es richtig, daß der Landbund die Zahlung dieser Summe erzwingen hat, weil er mit geschäftlicher Schädigung der in öffentlichem Interesse arbeitenden Landfeuerzozietät gedroht hat?

Ist es richtig, daß die von der Landfeuerzozietät an den Landbund abgeführten Summen von den Versicherungsnehmern in Form erhöhter Prämien aufgebracht werden müssen?

Wir richten diese Fragen an die Aufsichtsbehörde und bitten um Aufklärung, nach welcher besonders die kleinen Landwirte, die Siedler und Landarbeiter verlangen.

# Süddeutsche Reichsbannertage.

Gleichzeitig mit einer großen Reichsbanner-Kundgebung in Karlsruhe fand die erste Demonstration des Reichsbanners für Württemberg am Sonntag in Stuttgart statt. Sie bestand in einer Bannerweihe in der Niederhalle und einer Feier am Graben Friedhofs. Der größte Saal der Stadt war am Sonntagabend überfüllt. Es sprach bei der Bannerweihe Bundespräsident Göring, Professor Bauer (Südwestfalen, Jhr.), Dr. Fischer (Dem.) und Reichspräsident Lobe über die Notwendigkeit des Ausbaues der Republik. Lobe wies darauf hin, daß bis zur Stunde die Reichsparteien nicht gewagt haben, einen offenen Anhänger der Monarchie als Präsidenten für die bevorstehenden Wahlen zu präsentieren. Keinen Feldherrn, keinen General, keinen Prinzen, keinen von denen, die sie uns 5 Jahre lang angeleitet haben, wagen sie der Volksabstimmung zu unterwerfen. Nach zweimündigem getrennten Marschieren würden die Republikaner im zweiten Wahlgang auch den verkappten Gegner der Republik vereint schlagen.

In einem langen Zuge, in dem 30 württembergische Ortsgruppen vertreten waren, marschierte das Reichsbanner am Sonntag vormittag zum Graben Friedhofs auf dem Hofriedhof in Stuttgart, um dem toten Dichter des Reichsbanners Schwarzrotgold eine Guldigung zu bereiten. Reichspräsident Lobe hielt am Graben eine Ansprache, in der er darauf hinwies, daß die Republikaner jetzt die Totenmacht übernehmen für die Fortkämpfer des republikanischen Deutschlands, daß das Reichsbanner an den Geburts- und Wirkungsstätten der Pioniere für ein freies Groß-Deutschland von Fritz Reuter und Immanuel Kant über Weimar bis zu den Gräbern von Hlond und Freiligrath sein Banner aufspannen würde.

Die Kommunisten hatten zu einer Gegendemonstration aufgerufen, machten aber mit ihrem Häuflein einen kläglichen Eindruck.

Über den Sonntag in Karlsruhe berichtet das Wolffbüreau:

Am Sonntag fand eine vom Gau Baden des Reichsbanners Schwarzrot-Gold veranstaltete republikanische Kundgebung statt. Am die Mittagsstunde bewegte sich ein Festzug von rund 8000 Teilnehmern aus Baden und der Pfalz mit Musikkapellen durch die Stadt. Daran anschließend folgte ein dicht gefüllter großer Festhalla der Festst, dem Mitglieder der Staatsregierung, der Landtagspräsident und der Präsident des Reichsbanners Göring beimohnten. Gauführer Dr. Kraus (Mannheim) hielt die Verammlung herzlich willkommen und gedachte, während man sich von den Siben erhob, des verstorbenen Reichspräsidenten. Er schloß mit dem Gelöbniß unentwegten Kampfes für das Werk Eberts.

Dann sprach der badische Staatspräsident Dr. Sellpach. Er überbrachte Grüße der badischen Staatsregierung und feierte die Farben Schwarzrotgold als das alte Symbol der deutschen Nation. Es gehe heute darum, ob die Republik nur eine äußere Hülle sein solle, in der der alte Obrigkeitsstaat sich wieder aufbaue, oder ob die Republik der wirkliche wahrhafte Ausdruck eines in Demokratie sich selbst sein Schicksal bestimmenden Volkes sein solle. Dabei dürfte der großdeutsche Gedanke nicht vergessen werden.

den Sohn zu kurieren, holt er sich das Frauenzimmerchen, quartiert es in der Mühle bei seinem Verwalter ein und unterhält gemeinsam mit ihm einen äußerst regen Liebesbetrieb, wußt in der Familie einer Frau, die früher einmal seine Geliebte gewesen, aber dann aus Gründen der Wohlstandigkeit dem Knecht angeheiratet worden war. Die rechtmäßige Gattin, eine Unschuld vom Lande, merkt nichts von der Intrige, hößt zufällig auf den Eindringling, der, vorher kaiserlich gegen die „feine Dame“, von ihr an den lieblichen Wägen gezogen und zum äußersten Gehmut bekehrt wird. Die Coucchs-Mahlzeit müßte bei dieser Szene sein vor Reid werden. Zum Schluß wird das Mädchen aus der Fremde, für das der Schwadchen Sudermann einen Geheimrat bereit hat, abgehoben und die Ehe ist gerettet, der Alte begibt sich auf Reisen.

Dieses „Schauspiel“, das fortwährend ins Possenhafte abdriftet, ist nicht allein hundschelecht gemacht — mit jenen Epifoden ausgefüllt, hinter denen der Naturalismus seine Pantastik verbergt: mit dem ewigen Mauchen, Zupoffen, Saufen, Auf-die-Schulter-Klopfen, Vor-den-Bauch-Stoßen, Herumhantieren, kurz mit dem unverdächtigsten Weiltreten der Situation — es ist von einer geradezu hundschelechtigen Gesinnungs-Lumperei eingegeben. Dieser oßelbische Schweinehund von Grobgarrierer nämlich wird nicht etwa an den Pranger gestellt, sondern vom Verfasser als der Mann der Kraft, der sich hochgearbeitet hat, als ein Bombenkerl, jählich gehätschelt wie sein schwarzer Bollbar. Dieser Schmierfink, der das verbrochen hat, nicht alle Register: Bürgerwitz, Eitelguten, Dünneempörung, Durcheinander, Stammtischhumor, und ein schneidliches Durcheinander schritt aus seiner Orgel, aus dem nur ein gegen alle Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit abgetunpftes Spießergör eine Harmonie herausgehört kann. Ist es eine Aufgabe, würdig eines der ersten deutschen Schauspieler, wie ein Stier brummend ein dieses geschminkt, nur allzu williges Weib anzufallen und ihr die Faust in die Bluse hinunterzustößen? Sich im Gespräch mit seinem Gegner zu besaufen, den Sohn durch Brüllen einzuschüchtern, und zuletzt wie ein Clown die Schenkel klatschend und juchzend herumzutanzeln? Braucht man dazu einen Begegnert? Das kann jeder Schmierenskomödiant auch.

Was ist aus ihm geworden, dem Meister des Hummer Spiels, der lachten Vorbereitung, der hinreißenden, atembeklebenden Steigerung? Ein Sudermannscher Hanswurst? Seien wir höflich: ein geschäftstüchtiger Künstler. Ein Liebling (oder ein Satir) des verrottesten Publikum. Er wird auf diesem Wege bald bei Senff-Georgi angelangt sein.

# Radiodienst der Volkstimme.

Was Herriot und Chamberlain planen.

Paris, 17. März. Das „Reit Journal“ behauptet, heute über die Verhandlungen zwischen Herriot und Chamberlain folgendes feststellen zu können:

1. Die englische Regierung ist der Auffassung, daß Deutschland sein Sicherheitsangebot jetzt genauer präzisieren muß. Erst wenn das geschehen ist, sollen die diplomatischen Verhandlungen unter den Ältesten über die Sicherheitsfrage auf der Basis des deutschen Vorschlags fortgesetzt werden.

2. Die Ältesten werden in direkte Verhandlungen mit Deutschland nur eintreten, wenn die deutsche Regierung bedingungslos in den Völkerbund eintritt und auf Grund der letzten Note des Völkerbunds rats jetzt endlich diesen Eintritt beantragt.

3. Mit dem Eintritt in den Völkerbund erhält Deutschland das Recht, hinsichtlich der einen und der anderen seiner Obergrenzen die Anwendung des Artikels 19 des Völkerbunds paktis zu fordern, d. h. die Nachprüfung der Vertragsbestimmungen zu verlangen. Da der Völkerbund einen entsprechenden Beschluß nur einstimmig fassen kann, droht weder für Frankreich noch für

die übrigen Staaten auf Grund des Artikels 19 eine direkte Gefahr.

4. England ist für die sofortige Veröffentlichung des Berichts der Militärkontrollkommission.

5. Weber England noch Frankreich haben bisher eine Einladung zur Abrüstungskonferenz erhalten. England ist bereit, an einer solchen Konferenz teilzunehmen, falls sich alle andern Großmächte im gleichen Sinn entscheiden.

6. Alle schwebenden politischen Fragen sollen im Laufe der nächsten Wochen auf dem Wege der diplomatischen Verhandlungen weiter erörtert werden.

Künstler und Hefle in Lebensgefahr.

sp Berlin, 17. März. Der in Haft befindliche Großschieber Swan Künstler ist körperlich vollkommen zusammengebrochen und befindet sich gegenwärtig in Lebensgefahr. Seine Verteidiger haben infolgedessen die sofortige Haftentlassung beantragt. Mit dem in Haft sitzenden früheren Reichspostminister Hefle ist es gesundheitlich nicht viel besser bestellt. Auch er ist vollkommen zusammengebrochen und weder vernehmungsfähig noch transportfähig. Er befindet sich schon seit Wochen im Lazarettgefängnis in Moabit.

Hierauf nahm General Weimling das Wort. Er bekannte sich nach Absicht der Angriffe aus Offizierskreisen gegen seine Person als begeisterter Anhänger des Reichsbanners und wünschte daran, die Hoffnung, daß die Macht des Reichsbanners nicht ohne Einwirkung auf die republikanischen Parteien im Reichstag bleiben werde. Dann sprach der badische Finanzminister Köhler, der betonte, daß ein „Volkdeutschland“ unser nationales Streben sein müsse.

Zum Schluß sprach noch der Bundespräsident Göring, der im Hinblick auf die bevorstehende Reichspräsidentenwahl vor Wahlmündigkeit im ersten Wahlgang warnte. Den Höhepunkt der Feier bildete eine Bannerweihe mit einem vom Bundespräsidenten Göring ausgebrachten und begeistert aufgenommenen Hoch auf die deutsche Republik. Den Abschluß des Festes bildete eine Festvorstellung der „Meisterfänger“ im Landestheater.

# Unternehmer-Christentum.

In der letzten Generalversammlung des Bergbauvereins und des Fischenverbandes beschäftigte man sich mit dem Thema „Kirche und Wirtschaft“, also mit einem Gegenstand, der wohl selten auf Tagesordnungen von Generalfamilien dieser Art steht. Den Erörterungen lagen zwei Vorfälle zugrunde. Der erste Vorfall hat sich kürzlich in Düsseldorf abgespielt, wo die Pfarrgemeinderäte der drei Düsseldorf Stadtdiakonien in einem Rufus kategorisch eine höhere Bemessung der Löhne der Arbeiterklasse für erforderlich erklärten. Der zweite Vorfall hängt mit einer Entschließung der katholischen Geistlichkeit zusammen, in der u. a. gesagt wurde, „die Notlage der Arbeiterklasse sei nicht nur eine Folge politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse, sondern ebenso sehr einer weitgehenden

Verleugnung des christlichen Sittengesetzes,

wie es für die Wirtschaft gelte.“ Die in Frage kommende Geistlichkeit, die früher, als sie ihr Urteil abgab, an die Ruhegehalt-affäre und an die Kapitalneubildungspreise unserer Industrie gedacht haben dürfte, hat ohne weiteres recht. Ebenso selbstverständlich ist es aber auch, daß solche Urteile Herrn Peter Klöckner, Zentrumsabgeordneter und allmächtigen Gebieter des Klöckner-Kongress, nicht in den Kram passen.

So las man denn der Vorrede und der Düsseldorfer Geistlichkeit in der Generalversammlung gehörig darüber die Leuten, was wahres Christentum sei. Danach hat die Geistlichkeit die Pflicht, „Arbeitnehmern wie Arbeitgebern den Ernst christlicher Grundätze von Gemeinnut und Verantwortungsgefühl zu erhalten.“ Man könne sich wohl auch als Geistlicher — hier beruft sich die Schwerindustrie auf eine Rede des Kölner Kardinals Sailer — für die Wirtschaft interessieren, aber man muß sich davor hüten, „über die komplizierten Dinge zu urteilen“.

Wir nehmen von der in Frage kommenden Geistlichkeit, die sicherlich jahrzehntelang in der Weltwirtschaft wirkt, an, daß die weiß, was ihre Pflicht ist. Wenn sie nun aber die Arbeitgeber angesichts der niedrigen Löhne und des steigenden Stenbes der Bevölkerung an Gemeinnut und Verantwortungsgefühl erinnert, so zeigt das von einer ehrlichen Radikal. Gemeinnut und Verantwortungsgefühl gelten, wie die Geschichte des Ruhrkampfes beweist, nur für die Klassen der Arbeitnehmer, aber nicht für die Klöckner und Stinnes.

# Schutz dem Bergmann!

Die Arbeiter- und Angestelltengruppe der Arbeitskammer für den Ruhrbergbau hat sich anlässlich des Hintritts auf Zeche Minister Stein mit den technischen Sicherheitsfragen im Bergbau beschäftigt. Das Ergebnis der Tagung wurde in einer Entschließung niedergelegt, in der folgende gesetzliche Regelungen gefordert werden: Die Einstellung von Grubenkontrolluren aus den Reihen von praktisch tätigen Arbeitern, die mindestens eine 10jährige Dauer- bzw. Steigertätigkeit hinter sich haben. Diese Kontrolluren sind von den Arbeiterorganisationen den Oberbergämtern zu benennen und auf Grund einer fachlichen Prüfung auf 5 Jahre bestellbar. Die Grubenkontrolluren müssen das Recht haben, ohne Befragen irgendeiner Stelle in den einzelnen vom Oberbergamt zugewiesenen Schachtanlagen anzufahren und zu kontrollieren.

Durch gesetzliche Maßnahmen ist insbesondere zu regeln, daß die Steiger nicht zu anderen Arbeiten als zur Ausübung des Aufschichtdienstes herangezogen werden, daß ferner die Steiger nicht wegen Unterschreitens der Sollförderung nach beendeter Schichtzeit wieder in die Grube geschickt werden, daß im Bergbau alle Prämienarten verboten werden, daß insbesondere die Vorgesetzten der Steiger in Fällen, in denen sie durch Anordnungen in den Geschäftskreis des Steigers selbständig eingreifen, die Verantwortung allein zu tragen haben und daß daneben nicht auch noch der Steiger gesetzlich zur Verantwortung gezogen werden kann, und daß schließlich jede Behinderung in der betriebspolizeilichen Aufsichtstätigkeit des Steigers mit einer Geldstrafe oder, wenn Menschenleben dadurch zu Schaden gekommen sind, mit einer entsprechenden Freiheitsstrafe geahndet wird.

# Deutsch-finnischer Schiedsvertrag.

Zwischen Deutschland und Finnland ist am Sonntagabend ein Schiedsvertrag abgeschlossen worden. Der Vertrag ist nach dem Muster des Vertrags mit der Schweiz, der ja für alle weiteren Verträge dieser Art vorbildlich war, gestaltet worden. Er regelt die friedlichen

Austragung aller Streitigkeiten zwischen den beiden Ländern. Verträge derselben Art sollen nach dem deutschen Sicherheitsvorschlag auch mit den übrigen Nachbarstaaten abgeschlossen werden. Der Vertrag sieht ein unterchiedliches Verfahren für alle Arten von Streitigkeiten vor, je nachdem, ob es sich um einen rechtlichen oder einen politischen Streitfall handelt.

Politische Streitfälle werden einem Vergleichsverfahren überwiesen, das nach dem Muster der von dem früheren amerikanischen Staatssekretär Bryan angeregten Verfahren gestaltet ist.

# Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die Eisenbahner lehnen ab.

Die Vorstände der Eisenbahnerorganisationen haben am Montag zu dem Schiedsgericht Stellung genommen und ihn, wie zu erwarten war, als unannehmbar abgelehnt. Sie begründen ihre Ablehnung wie folgt:

1. Die Lohnzulage trägt den Erfordernissen der Lebenshaltung nicht genügend Rechnung und ist angesichts der vom Personal verlangten Arbeitsleistung zu gering. Bindungen über die bisher im Tarifvertrag vorgesehenen Fristen hinaus können nicht anerkannt werden.

2. In der Arbeitszeitfrage ist der Schiedspruch unannehmbar, weil er nicht nur keine positive Besserung der Arbeitszeit enthält, sondern auch entgegen dem bisherigen Rechtszustand eine unerträgliche Bindung bis zum 31. Oktober 1925 festsetzt.

Die Vorstände sind jedoch bereit, in neuen Verhandlungen unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministers eine euträgliche Regelung zu suchen.

Eine weitere Verbreiterung des Kampfes sowie Wiederaufnahme der Arbeit darf nur auf Anweisung der Organisationsleitungen erfolgen.

Die Reichsbahnverwaltung soll sich durch den Willen der Gewerkschaftsführer zu neuen Verhandlungen nicht etwa in dem Glauben wiegen, die Gewerkschaften würden vor den letzten Konsequenzen zurückschrecken. Der Schiedspruch hat eine ungeheure Enttäuschung und Erbitterung in den Reihen der Eisenbahner hervorgerufen.

Im Direktionsbezirk Dresden, der bis jetzt am längsten im Streik stand, hat sich seit Sonnabend die Lage aufs äußerste verschärft. Auch die kleinsten Dienststellen des Bezirkes haben sich dem Kampf angeschlossen. Der Landeszentralstreikleitung für Sachsen erscheint es als sehr zweifelhaft, ob sie noch weiterhin die von den Beamtenmitgliedern wiederholt geforderte Einbeziehung in den Streik unberücksichtigt lassen kann. Auch aus andern Teilen des Reiches, wie Hannover, Bremen, wird Verschärfung der Streiksituation gemeldet.

Lenkt die Verwaltung nicht ein, dann ist eine explosive Entladung der Erregung in allen Direktionsbezirken unabwendbar.

Sieg der Antirerbamer in Leipzig. Am 14. März fanden in Leipzig die Urwahlen der Leipziger zur Ortsverwaltung des Buchbinderverbandes statt. Für die Antirerbamer Richtung wurden 2129 Stimmen, für die kommunistische Liste trotz ihrer Hege nur 617 Stimmen oder 22 Prozent der Stimmen abgegeben.

Riesenaußperrung in Schweden. Die Verhandlungen über die Erhöhung der Arbeitslöhne in Schweden, die in den letzten Tagen von dem Schlichtungsausschuß geführt wurden, haben zu keiner Einigung geüht und sind infolgedessen am Montag nachmittag abgebrochen worden. Damit tritt die Aussperrung von etwa 130 000 Metallarbeitern in Kraft. Die Untern nur versuchen, statt der geforderten Erhöhung der Löhne eine allgemeine Lohnüberabsetzung zu erreichen.

# Notizen.

Verbot öffentlicher Kundgebungen. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit hat der stellvertretende Berliner Polizeipräsident die für Mittwoch den 18. März geplante öffentliche Kundgebung des Reichsbanners Schwarzrot-Gold und die Betriebsstättendemonstration der kommunistischen Partei Deutschlands, die beide am Abend im Friedrichshain stattfinden sollten, verboten.

Schwere Strafanträge. Im obersten Reichsgericht des Reichsanwalts und der Rechtsanwälte. Staatsanwaltschaftsrat Seffer beantragte gegen alle Angeklagten wegen Vergehens wegen des Republikstuhls, Sprengstoffverbrechens, unbedingten Waffenbesitzes, Diebstahls von Waffen und Anschläge auf Polizeiwachen folgende Strafen: Für den Geschäftsführer 3 Jahre Gefängnis und 150 Mk. Geldstrafe, Arbeiter Sammel 3 Jahre Zuchthaus 150 Mk. Geldstrafe, Malef 2 Jahre Zuchthaus 100 Mk. Geldstrafe, Schnurteil 3 Jahre Zuchthaus 100 Mk. Geldstrafe, Arbeiter Dugosch 2 Jahre Gefängnis 100 Mk. Geldstrafe, Schloffer Czoch 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 75 Mk. Geldstrafe, Gattwitz Brhlla 2 Jahre Gefängnis 100 Mk. Geldstrafe, Schmied Sonnenberg 2 Jahre Gefängnis 100 Mk. Geldstrafe. Das Urteil wird am Mittwoch gefällt.

# Depeschen.

Bölkischer Wirtmar.

München, 17. März. Der bölkische Rechtsblock in Bayern nahm nach einem Bericht des ersten Vorsitzenden Dr. Buttman einen Antrag desselben mit Dreiviertelmehrheit an, den Verein aufzulösen. Auch die Vertreter der auswärtigen Ortsgruppen bezichtigten den Standpunkt, daß die bölkische Bewegung in der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei unter Hitlers Führung ihrer höchsten Stärke entgegen komme.



# Die Sensation



# der Spielzeit!



## Migama

Mitteldeutsche Ausstellung für das Gastwirts-  
gewerbe, Hotelindustrie und Kochkunst  
vom 14. bis 20. März 1925  
Hallenbau Land und Stadt  
(Wilhelm-Kobelt-Straße)

Heute Mittwoch den 18. März  
**Großer Gastwirte-Tag**

Morgen Donnerstag den 19. März  
**Groß. Hausfrauen-Tag**  
bei ermäßigten Preisen  
Die Halle ist geheizt

## Mieter-Bau- u. Sparverein s. G. m. b. H. zu Magdeburg

Allen unseren Mitgliedern, Freunden und Gönnern unserer  
Genossenschaft bringen wir hierdurch nochmals in Erinnerung,  
daß das

## 25jähr. Bestehen

unserer Genossenschaft am 21. März im „Hofjäger“ (großer  
Saal) gefeiert wird. Vorführungen unserer Kinder sowie ein  
vortreffliches Gesangsquartett werden den Abend verschönern  
helfen. Es ladet hierzu auf das herzlichste ein

Die Verwaltung.

Gastöffnung 7 1/2 Uhr. Eintritt pro Person 75 Pfg. Anfang 8 Uhr.

## Amerika zahlt

so leicht leider nicht jeden geforderten  
Preis für zu Hunderten angebotener  
— deutscher Filmzeugnisse. —

## 250000 Dollar

wurden jedoch der Ufa anstandslos  
bewilligt

## für das deutsche Filmkunstwerk

welches je auf den Markt gekommen ist:

## Der letzte Mann

Die „Newyorker Staatszeitung“  
schreibt: 17 Wochen ununterbrochen  
auf dem Spielplan des Broadway-  
Theaters. Eine grandiose Schöpfung,  
welche alle bisherigen Ufa-Erzeug-  
nisse weit in den Schatten stellt.

## Emil Jannings

eine fabelhafte, schauspielerische  
Leistung.

Premiere  
Donnerstag den 19. März 1925

Spielzeiten: 4 1/2 6 3/4 8 3/4

## Walhalla-Lichtspiele.

## Central-Theater

Die große  
Revue-Operette  
**Gräfin Mariza**  
Musik von Emmerich Kalman  
mit **Oskar Neruda** u. G.  
und der Original-Zimmer-Kapelle  
Konkoly.

Sonntags zwei Vorstellungen  
3 1/2 Uhr (kleine Preise)  
und täglich 7 1/2 Uhr

## Burg Palast-Theater

Freitag bis Donnerstag  
Der Henry-Porten-Großfilm

## Das alte Gesetz

Schauspiel in 7 Akten.  
Mitwirkende:  
Henry Porten, Ruth Wehler,  
Ernst Deutsch, Hermann Jansen u.  
„Er“, Harald Lloyd  
in seiner neuen satigen Groteske  
„Er“ als Straßenschreck  
Die Deulig-Woche!  
Reufltes vom Tage!

## Stadtheater

Mittwoch den 18. März  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr  
**Die verkaufte Braut**  
Kom. v. Fr. v. Smetana.  
Donnerstag den 19. März  
Anf. 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr  
**Gastspiel Karl Johu**  
**Siefland.**

Sonntag den 22. März  
Vor. mittags 11 1/2 Uhr: Letzte  
literarische Morgenveranstaltung  
Erzieher: Gust. Herrmann, Leipzig.  
über:  
Einfache Gedichte und Geschichten  
von Schiller und Goethe  
und solchen, die es waren.

## Wilhelm-Theater

Mittwoch den 18. März  
Verteilung für den Bühnenvolksbund  
Anfang 8 Uhr. Die Freier, Leipzig.  
von Joh. v. Scheffel.

**Patentmatratzen**  
für jede Bettstelle nach Maß  
fertigt in allerbesten Ausführung  
**Fritz Antkowiak, Matratzenfabrik**  
Helmstedt, Seebitzstr. 3, Telephon 2267.

**Uhren**  
repariert u. serviert  
**D. Lehmann**  
Hilbermayer,  
Königsplatz 11.

**Arkadia**  
Präsenstraße  
Selen Abend- u. Uhr  
**Gustav Klack**  
mit seiner Geschichtsbücherei

Halbesche Linie 4  
Tarnschanzengast.  
**Tivoli** Eing. Kirchstr. 1,  
am Hauptmarkt : : :  
**Ball- und Gesellschaftshaus**  
Magdeburg-Friedrichstadt  
Magdeburg-Friedrichstadt  
Ababer: Wilhelm Ker es.  
Jeden Sonntag nachmittags 4 Uhr:  
**Großer Gesellschaftsball**  
sowie jeden Mittwoch abend 8 Uhr:  
**TANZ-KRANZCHEN.**  
Kleine Preise.

Wenn Sie sich mit  
den großen Leistungen  
Kampffreyer: Vom Sonntag  
zum freien Arbeiter . . . . . 1.75  
1013: Der erste Schultag . . . . . 1.48  
1014: April, Geschichte einer Liebe . . . . . 1.70  
1015: Frank: Unus Mulierum, Die Geschichte  
eines Selbstmordes . . . . . 1.70  
1016: Wendel: Geschichte in Knacknoten . . . . . 1.50  
1017: Die kleine Reihe  
Geschichten . . . . . 1.60  
1018: Schumann: Hilde Schwarz, Sage  
einer entzogenen Jugend . . . . . 2.50  
1019: Auberger: Käse: Bernholmer  
Novellen . . . . . 3.30  
Jedes Buch in Ganzleinen gebunden.

**Die kleine Reihe**  
Dieses: Glorien Geher, Lebensbild aus  
dem großen Bauernkrieg . . . . . 1.90  
Kampffreyer: Vom Sonntag  
zum freien Arbeiter . . . . . 1.75  
1013: Der erste Schultag . . . . . 1.48  
1014: April, Geschichte einer Liebe . . . . . 1.70  
1015: Frank: Unus Mulierum, Die Geschichte  
eines Selbstmordes . . . . . 1.70  
1016: Wendel: Geschichte in Knacknoten . . . . . 1.50  
1017: Die kleine Reihe  
Geschichten . . . . . 1.60  
1018: Schumann: Hilde Schwarz, Sage  
einer entzogenen Jugend . . . . . 2.50  
1019: Auberger: Käse: Bernholmer  
Novellen . . . . . 3.30  
Jedes Buch in Ganzleinen gebunden.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltung Magdeburg.  
Donnerstag den 19. März, abends 6 1/2 Uhr,  
bei Klingsch eid, Knochenhauerstr. 27/28  
**Vertrauensmänner - Sitzung.**  
Zwecksetzung:  
1. Kalkulationsysteme. 2. Neuperson: Ingenieure  
über 2 Stellen nahme zur Genera-  
lversammlung. 3. Bau eines Gewer-  
schaftshauses. 4. Vertriebswesen.  
Anschließend Ortsverwaltungssitzung im  
Bureau.  
Die Verwaltung.

**Ein Bilderbuch  
zu Ostern!**  
schenkt man  
den Kleinsten  
zu Ostern!  
Buchhandlung  
**Volksstimme**  
MAGDEBURG  
Große Münzstraße 6

## Magdeburger Sängerkhor

(Abteilung Männer- u. Frauenchor)  
Freitag, 20. März, abends 8 Uhr,  
im Altkirchener Bürgeraal (über  
Richardts Hof), Leipzig:  
**Konzert**  
Leitung: Kapellmeister Will Heilig.  
Männerchor, 12-stimmige Doppelquar-  
tett des Vereins  
Solist: Herr Georg Gössel.  
Kette: Lena und Lieke.  
Frühlings- und Volkslieder aus  
alter und neuer Zeit.  
Karten 5 i. Woll & Ruthe, Gr. Mühlstr. 15,  
a. der Abendstraße u. bei den Militär edern.

**Reveille**  
das große Wecken

**Aria-Rad** unübertroffen  
Einfache Fahrräder von M.55.- an  
SPECIALITÄT PNEUMATIK  
Leistungs- und Garantie-Franco-Zusendung  
Lichtmaschine mit Garantie M. 150.00 ab.  
Eingelassene M. 250.00. Schwach M. 25.00.  
Grosze Auswahl in Fahrrad-Zubehör.  
Franz Verheyen  
Jubiläum-Katalog M. 45. kostenlos.

**Gasthaus  
Anhaltiner Hof**  
Braunheitsstraße 3  
— Tel. 1401 —  
Diverse Vereinszimmer  
bis 100 Personen  
**Walter Grunow.**

**Reveille**  
das große Wecken



Die Ahnen an die Enkel.

Von Karl Bröger.

Dem Gedächtnis der Märzkämpfer von 1848.

Der Märzwind wühlte in unsern Haaren, die blond und voll wie eure waren. Blut in den Seelen und hinter den Stirnen, Sturm in allen Herzen und Hirnen! Ueber uns wogt es weit und rollt ... Schwarztrotgold!

Wir sind über Platz und Markt geschritten, die Freiheit des Volkes ging inmitten. Wie hat es im ganzen Lande gewittert! Büttel und Schergen haben gezittert. Die Fürsten haben die Ehre gezollt, Schwarztrotgold!

O herrlichster Frühling unsers Lebens! Du fürmtest dahin und blühest vergebens. Umsonst begeistert und hochgemutet! Umsonst gestritten! Umsonst geblutet! Sie haben die Fahne eingerollt, Schwarztrotgold!

In unsern Gräbern sind wir gelegen und lauschten nach jedem Rühren und Regen. Zu uns sind alle Gedanken gekommen, wir haben jedes Wort vernommen, darin unser Trogen weitergerollt ... Schwarztrotgold!

Bis unser Traum in den Tag gesprungen, und unsre Farben hochgeschwungen über Thronen und Kronen sich fanden! Die Republik ist aufgestanden, und wir auch, die sie zuerst gewollt, Schwarztrotgold!

Nun wühlt der Märzwind in unsern Haaren. Mit starken Wettern kommt er gefahren. Hört, ihr Enkel, auf uns, die Alten! Republik und Freiheit gehalten! Offen die Fahne! Nie mehr eingerollt! Schwarztrotgold!

Auch ein Dolchstoß.

Im Magdeburger Ebert-Prozess hat die deutschnationale Verteidigung ihren Bankrott angemeldet, indem sie das Gebiet des Munitionstreiks vom Januar 1918 fluchtartig verließ und sich dafür auf das sogenannte „Novemberverbrechen“, den „Dolchstoß“ vom 9. November 1918, stützte. Anlaß dazu gab die Vernehmung Scheidemanns, des Verfassers jenes geschichtlich berühmten Briefes, in dem die Abdankung Wilhelms 2. gefordert wurde.

Wir sind gern bereit, uns mit Herrn Dr. Luettgebrune über dieses interessante Thema näher zu unterhalten. Fürs erste sei ein Schriftstück abgedruckt, das dem sozialdemokratischen Parteivorstand am 18. Oktober 1918 zugeht. Der Verfasser ist der in Hessen wohlbekannte Parteigenosse und spätere Staatsminister Hermann Reu-

mann. Sein Charakter bürgt für die Richtigkeit des Berichts:

Offenbach a. M., 17. Oktober 1918.

An den Parteivorstand!

Durch Herrn Abgeordneten Kappus, Offenbach a. M., wurde ich zu einer Unterredung mit dem Prinzen Leopold zu Hessenberg gebeten. Die Unterredung fand am Mittwoch den 16. Oktober 1918 in der Privatwohnung des Prinzen in Darmstadt, Goethestraße 44, statt und dauerte von 6.15 Uhr bis 7.20 Uhr abends.

Der Prinz bemerkte einleitend, er wüßte mit mir über zwei Punkte, über die speziell heftigen Fragen und über die das Reich betreffenden Fragen zu verhandeln. Er erklärte dann, er sei kein Sozialdemokrat, aber durchaus demokratisch gesinnt. Diese demokratische Gesinnung habe er schon immer gehabt und gehöre deshalb nicht zu den Umkämpfern. Was die heftigen Verhältnisse angehe, so sei eine Reform der Verfassung nicht mehr aufzuhalten. Das von der Sozialdemokratie geforderte Wahlrecht werde und müsse kommen. Bei dieser Gelegenheit müsse auch eine Reform der Ersten Kammer vorgenommen werden. Die Erste Kammer sei in ihrer jetzigen Zusammenfassung durchaus feil. Ich erklärte, nicht eine Reform, sondern Beseitigung der Ersten Kammer treiben wir an. Der Prinz erwiderte, das sei ihm bekannt, aber die Forderung würden wir jetzt nicht erreichen. Er mache deshalb den Vorschlag, von den 16 Standesherrn 6 zu beseitigen und die verbleibenden 10 durch die Standesherrn wählen zu lassen, dadurch würde Gewähr geboten, daß nur die gewählt werden, die wirklich Interesse hätten und damit auch

mehr Geist in die Erste Kammer

käme. Für die 6 ausgefallenen Standesherrn müßten Vertreter der Berufsstände, Handel, Gewerbe, Landwirtschaft und Arbeiterchaft gewählt werden. Das Recht des Großherzogs, Mitglieder der Ersten Kammer auf Lebenszeit zu bestimmen, zu beseitigen, würde jedenfalls nicht schwerfallen. Auf die direkte Frage, ob eine derartige Reform genügen würde, erklärte ich, mich dahingehend nicht binden zu können. Zur Zweiten Kammer übergehend, bemerkte der Prinz, daß über die Einführung des allgemeinen Wahlrechts nicht mehr zu reden sei, darüber gebe es keine Diskussion mehr.

Nach weiteren Mitteilungen über heftige Fragen fährt der Bericht fort:

Zu den Verhältnissen im Reich übergehend, erklärte der Prinz, er habe Nahrung mit fast sämtlichen regierenden Häusern Deutschlands und stehe mit diesen in dauernder Verbindung. Mit der Beseitigung der Hohenzollern müßten wir rechnen. Er hält es für ausgeschlossen, daß ein Frieden kommt ohne diese Beseitigung. Er äußerte sich dann ausführlich über die Kriegslage und Friedensaussichten. Dann kam er zu der Frage, wie das neue Deutschland auszuweisen habe. Er bitte folgenden Vorschlag in Erwägung zu ziehen: Errichtung eines Staatenbundes mit dem Reichstag an der Spitze. Die Leitung des Staatenbundes müßte einem Bundeskanzler übertragen werden. Auf meine Nachfragesfrage, daß dann die Macht aller regierenden Häuser beseitigt sei, erklärte er: Ja, das wäre auch nicht schlimm.

die Mehrzahl der Herren würden freiwillig zurücktreten.

Wir würden bei einem derartigen Staatenbund aber die Deutschösterreicher gewinnen. Ein Gewinn, der nicht zu unterschätzen sei. Als Bundeshauptstadt könnte vielleicht Frankfurt am Main in Frage kommen. Nicht nur wegen der zentralen Lage, sondern auch wegen der dort wohnenden Juden, die man unbedingt gewinnen müßte. (1) Auf keinen Fall aber sollte man sich damit einverstanden erklären, daß vielleicht mit Rücksicht auf den Anschluß Deutschösterreichs Bayern als Mittelpunkt bestimmt würde, das wäre nichts anderes als eine katholische Herrschaft errichten, wovon wir uns hüten müßten. Er forderte meine Ansicht über diesen Plan, ausdrücklich bemerkend, daß er, wenn wir diesem zustimmen würden, er denn im Sinne dieses Planes weiter bei den maßgebenden deutschen Regierenden tätig sein würde. Es sei keine Idee von ihm, sondern sie sei bereits Gegenstand der Verhandlungen gewesen. Ich lehnte auf das bestimmteste ab, darüber irgendwelche Erklärungen abzugeben, erklärte mich aber bereit, mit meinen Parteifreunden im Reich und in Hessen darüber zu konferieren und ihm dann in einer neuen Unterredung unsere Ansicht mitzuteilen. Dem stimmte der Prinz zu und bat mich, die Sache in den nächsten Tagen zu erledigen, und würde er dann zu einer neuen Besprechung gern zur Verfügung stehen.

Daß der Bericht, abgesehen von der Zuverlässigkeit seines Verfassers, auch die geschichtliche Wahrscheinlichkeit für sich hat, kann an zahlreichen Urkunden bewiesen werden.

Einstweilen genügt es, an den Brief des damaligen bayrischen Kronprinzen Ruprecht an den Reichskanzler Hertling vom 19. Juli 1917 zu erinnern, worin es hieß:

Durch die hier nicht zu erörternden Umstände ist der Kaiser um alles Ansehen gekommen, und die Verfassung geht so weit, daß ernsthaft denkende Leute bezweifeln, ob die Dynastie Hohenzollern den Krieg überdauern wird.

Der Bericht selbst gibt ein plastisches Bild der Naivität und Sillofzigkeit, die damals — 3 Wochen vor dem sogenannten Dolchstoß — in den regierenden Kreisen herrschten. Immerhin war auch dort die Einsicht in die vollkommene Unhaltbarkeit der gegebenen Zustände vorhanden, man wußte, daß die Lage der alten Herrlichkeiten gezählt waren. Die Bündel waren schon geschnürt, der 9. November gab nur das Signal der Abfahrt.

Am 9. November begriff das jedermann. Heute aber, da die Dinge von damals schon einermagen in Vergessenheit geraten sind, macht man uns Sozialdemokraten Vorwürfe. Warum? Weil wir die Herrschaften nicht zum Bleiben genötigt haben ...? —

Der zweite Magdeburger Prozeß.

Am Montag, dem 9. Verhandlungstag im Magdeburger Verleumdungsprozeß, richtete der Vorsitzende zunächst an den Angeklagten die Frage, welches Material er für den Ebert gemachten Vorwurf des Landesverrats hat. Wieder ist der Angeklagte höchlich peinlich berührt, daß man von ihm etwas wissen will. Nach langem Zögern beruft er sich auf die vier Punkte im Bismarck-Urteil. Auf den Schriftsatz, den Ganßer in München in dem im Jahre 1923 eingeleiteten Strafverfahren eingereicht hatte, kann sich der Angeklagte nicht befehlen. Als er den belästigenden Artikel Ganßers übernahm, kannte er den Schriftsatz bestimmt nicht.

Nachdem der Schriftsatz verlesen ist, wird als

Zeuge Abgeordneter Wels

benommen. Zur Verlesung kommen zwei Artikel der von Wels herausgegebenen „Fackel“. Diefes Blatt wurde Anfang 1916 auf Anregung Eberts und durch finanzielle Unterstützung des Parteivorstandes in Berlin herausgegeben und umsonst an die Bevölkerung verteilt, um den Standpunkt der Mehrheitssozialdemokratie zu vertreten, nachdem die „Vorwärts“-Redaktion gegen den Parteivorstand schrieb. Die verlesenen Artikel wenden sich scharf gegen den Gedanken eines Munitionsarbeiterstreiks.

Zur Frage der Landesverteidigung erklärt Wels: Die Parteilichung hat immer auf dem Standpunkte der Landesverteidigung gestanden und ihn keinen Augenblick verlassen. Gerade der verstorbene Reichspräsident ließ es im Parteivorstand mit Gaule, der mit im Vorjahr war, darüber zum Kampf und zur Spaltung kommen. Als es sich um die Einziehung zur Streikleitung handelte, war der Parteivorstand und ich selbst dagegen. Wir hatten nichts davon gehört, daß der Streik ausbrechen sollte, wurden vielmehr total überrast. In den Betrieben waren die revolutionären Elemente tätig, die ihre Vorsicht besonders darauf erstreben, daß Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei nichts erführen von ihren Plänen.

Der Zeuge schildert dann in Uebereinstimmung mit den Aussagen früherer Zeugen die Besprechungen im Parteivorstand am Tage des Streikausbruchs, als die sozialdemokratischen Delegierten aus den großen Betrieben kamen und dringend den

Eintritt in die Streikleitung verlangen.

Ausschlaggebend für den Eintritt sei schließlich gewesen, dem Streik so schnell wie möglich ein Ende zu machen und dazu mit den Behörden in Verbindung zu treten, um den Schaden nach dem Ausland hin auf das geringste Maß zu beschränken. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu diesem Streik war eine trübende. Zum erstenmal hat die deutsche Sozialdemokratie auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart 1907 zum militärischen Streik Stellung genommen. Damals lag ein Antrag des Engländers Keir Hardie und des Franzosen Vaillant vor für einen Streik im Kriegsfall. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Wibel und Raureß, der die Möglichkeit eines solchen Streiks für gegeben sah, während Wibel dagegen war. Für uns deutsche Sozialdemokraten bestand schon damals die Möglichkeit eines Zweifrontenstreiks. Solange wie die deutsche Sozialdemokratie besteht, sind mir ergogen in dem Gedanken, daß ein Krieg mit Rußland und Frankreich zugleich der Zusammenbruch der europäischen Demo-

Die Steinfeldbauern.

Roman von Valentin Traudt.

(11. Fortsetzung.) Nachdruck verboten

Es hieß nun einmal widerstehen, und keinen Spott, keine Kadrede scheuen. Der Felshofer konnte sich nicht von Lorenz trennen, und Lorenz selbst wollte in dieser schweren Zeit, da alles gegen seinen Herrn war, ihn auch nicht verlassen. Mann an Mann, zwei aus dem Wald, gegen die Steinfeldler. Wenn nur die Felshoferin erträglich für ihn würde, ihn nicht so viel beaufsichtigen und auffuchen wollte! Er konnte doch in der Futterkammer keinen Hafer beiseiteschaffen? Wem sollte er ihn verkaufen? Dem Steinfeldler Wirt? Die Burtschen und Knechte des Dorfes machten solche Geschäfte, brachten Hafer und Korn als Bezahlung ins Wirtshaus und lachten im Geheimen über ihren Vater oder ihren Herrn, wenn ihnen ein großer Fang gelungen war. Und am Sonntag sah sie keine Kammer nach und setzte sich am Nachmittag neben ihn, wenn er im Garten seine Weise rauchte. Das Benehmen der Frau, die früher so hart gegen ihn und seine Schwester gewesen war, zwang ihn oft zu langem Sinnen. Er begann zu grübeln und ihre Worte und Handlungen abzuwägen. Manches klang in der Einsamkeit anders. Die Kathrine? Mit wem sie es wohl gehabt hätte? Warum der Felshofer sie im Dorfe lasse, sie könne doch auch in ihrem Heimatort von ihnen unterstützt werden? Im Dorfe ging läßle Rede um, jetzt erst recht, da der Quellmojer gemiß läßen müße. Und was hatte sie der Bauer so oft zu befehlen? Er wolle zum Maurerwillen und säße bei der Kathrine ...

Er fühlte, es war eine tiefe Kluft zwischen dem Felshofer und der Felshoferin. Es schien ihm, als habe keins mehr Achtung vor dem andern, als lautere hinter jedem Worte, das sie miteinander wechselten, Zweifel an der Aufrichtigkeit. Jedes ging trotzig seinen Weg.

An dem Abend des Tages, da der Quellmojer verurteilt worden war, kam Lorenz aufgeregt von seiner Schwester zurück. Er hing die Röhre hinter den Ofen und hob stöhnend an: „Wänerin, mei Schwester is hart krank. Ich glaub, ich muß den Doktor lange.“ „Wie sich das trifft, Lorenz!“

„Ja.“ „Meinst D' dann auch, daß der Quellmojer e Brandstifter sei? — Grad den Felshof zu schädige!“

„Is in je bewiese. Der Teer an sein Schuhtwert un der Abdruck von seine Sohle auf dem Teer, der aus dem Hefehaufe kessloffe war, ich den, das hat genug verrate.“

„Über ei rechter Kerle is 's doch. — Hat kein andere reate, un ich weilt, 's halbe Dorf war dabei.“

„Ein echter Kerle? Felshoferin, denst an's Kathrin.“

„Den Doktor willst D' hole?“

Sie schlug die Hände klatschend ineinander und sah den Knecht ungläubig an.

„Es hat 'r doch nitz geseht, seit je in Woche is? Wer wird gleich 'n Doktor lange! Der ist seit Jahren net auf 'm Steinfeld gese.“

„Sie is hart, hart krank.“

„Geh zur Kindsweiber oder zum Schäfer. Laß Dich net verlage.“

„Über noch was is 's Bäuerin. Noch was!“

Sie sah ihn groß an, gespannt auf das, was er noch zu sagen hätte.

„No?“

„Der Bub, 's Kind hat lei Ordnung mehr.“

Und er sah sie aus seinen braunen Augen bittend an. Sie trat näher.

„Der Bub? — Ja, gewiß, der Bub. — So? — Was muß dann da noch sei?“

„Ich hab gedacht, wenn 'r 'n auf den Hof nehme wollt, 's fin lei Sinn im Haus, un das bißche Arbeit?“

„Ja? — Ja? — Das wär! — Das seht grad noch.“

Die Worte klangen gehässig und abweisend.

„Was meinst D' dann dazu, daß je mit 'm Fremde ging?“

„Was meinst D' überhaupt zu so 're Lieb?“

„Sie sein ja beide ledig!“ entgegnete er.

„Weißt D' is das so häßlich?“

„Weißt D' is das so häßlich?“

„Ja, der Wadder muß dann doch eigentlich für das Kind sorgen?“

„Felshoferin, es könnt ja bei mir schlafe, daß 's Euch die Nachtruß net stört.“

„Mei Nachtruß? Die is net weit her! Wenn mer mit dumme Gedante so balligt, so allei, so ohne ei lekt gut Wort. Ich, das kennst D' net. — Mei Nachtruß tär 's net störe; aber je Jungvolk mag ich nei. Wann's mei gehöre tär!“

„Sorgt für den arm Bub, sie Euch der Himmel ein jehent.“

„Wellecht,“ warf sie gleichgültig und kalt hin. Und doch stand ein heimliches Lächeln hinter ihrer künstlich zur Schau getragenen Erbitterung.

„Für die Lieb an dem Kleine hat am End der Himmel 'n Wohn.“

„Meinst D', Lorenz?“

Die Frage hatte einen geheimnisvollen Ton. Sie musterte seine schmale Erscheinung, und heftig stieg es in ihrem Innern auf. Wenn er ihren Hunger kennen würd! Ein Tag wie der andre, langweilig, ohne Lust der Sinne, ohne Leben. Warum war sie denn nur ein Weib? Es kam ihr nun vor, als habe ihr Lorenz in seinen Worten noch etwas andres sagen wollen. Ganz dicht vor ihn tretend, legte sie ihm die Hand auf die Schulter und sagte: „Wann kommt der Felshofer denn?“

„Im schlug das Herz. Schon einmal hatte sie so vor ihm gestanden und auf ihn eingeredet. Er glaubte noch das rauhe Sachen zu hören über seine Antworten damals, mit denen er sie abgewiesen hatte. Also wieder dasselbe. Sie sah, wie seine Lippen zitterten, und hörte, wie sein Atem rascher ging. Noch ein Schrittschen an ihn heran. Da richtete er sich auf und ergriff ihre Hand, sie leicht von seiner Schulter zu ziehen. Das Wort flüete in mächtigen Schlägen zum Halbe, als sie sagte: „Sagt D' auch Hunger im Herz? — He, Lorenz?“

Es war ein ermunternder Ruf. Große Stille war im Hause. Der Bauer kam vor zwei Stunden noch nicht; er hatte am Nachmittag eine Depesche geschickt, daß der Quellmojer verurteilt wär und er erst in der Nacht käme.

„Lorenz?“

„Wer da trat das Bild seiner Schwester mit den feinen, leidensvollen Zügen vor ihn, und er sah in dem fahlen Nichte nur die Frau seines Herrn vor sich. Er ließ ihre Hand fahren.“

„Wollt 'r das Kind nehme?“

„Ob seine Schwester auch so behärdlich gekämpft hätte?“

„Ja? — Sie trat trotzig zurück. — „Ja? — Nie.“

Der Knecht wandte sich zum Gehen.

„Fürchtst Dich?“

Die Stimme war herausfordernd. Sie hob den schmerzlichen Kopf, und ihre Augen blitzten. Lorenz schwieg. Freilich war es



kratie sei und Russland zum Herrscher Europas machen könnte. Auf 1910 auf dem internationalen Kongress in Kopenhagen haben wir den Streit gegen den Krieg ebenfalls abgelehnt. Als später Karl Liebknecht sich den Antrag Bardie-Baillani zu eigen machte, wurde er aufs schärfste abgelehnt. Einer der Hauptgründe war für uns die Erwägung, daß Deutschland die härtesten Arbeitermassen in der Sozialdemokratie organisiert hatte, während

Rußland ein Millionenheer von Analphabeten und Inorganisierten aufstellen konnte, die dem Streik nicht gefolgt wären, so daß Deutschland überrannt worden wäre. Das habe ich auch auf dem ersten internationalen Kongress nach dem Krieg im Januar 1919 in Bern ausgeführt, als von den Franzosen der Antrag gestellt war, Scheidemann, Ebert und andere aus der Internationale auszuschließen, als man sie als Kaiser-sozialisten brandmarkte, weil sie von Anfang bis Ende mit der kaiserlichen Regierung durch und durch gegangen waren. Im Januar 1918 haben wir nicht nur die politischen Forderungen abgelehnt; es ist auch die Behauptung nicht richtig, daß wir die wirtschaftlichen Forderungen unterstützt hätten. Wenn wir damals eine Besserung der Lebenshaltung wünschten, so haben wir das vorher ebenfalls in zahlreichen Eingaben an die Regierung getan; denn es lag im Interesse der Landesverteidigung, eine gut ernährte Arbeiterbevölkerung im Lande zu haben.

Der Zeuge erwähnt dann seine Teilnahme an den Sitzungen der Streikleitung an Stelle Brauns, der verhindert war. Er habe es abgelehnt, das Flugblatt Dittmanns an die Streikenden in der „Vorwärts“-Druckerei herstellen zu lassen. In der letzten Sitzung der Streikleitung am 31. Januar habe ihm ein Delegierter aus Spanien zugesprochen, daß dort der Streik von den Kapitalisten bereits abgeklappt werde. Von ihm, dem Sozialdemokraten, habe man eine Erklärung zum Streikabbruch verlangt. Diese Erklärung habe er nicht abgegeben, damit nicht nachher von den Kapitalisten die Sozialdemokratie verantwortlich gemacht würde. Er habe lediglich bei dieser Gelegenheit nochmals erklärt, daß der Streik irrsinnig sei und eine schwere Schädigung Deutschlands im Innern und nach außen darstelle.

Schließlich befragt der Zeuge Wels noch: Als es sich um den Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung des Bringen Mar handelt, was ist gegen den Eintritt, weil nunmehr, nachdem das Telegramm Lubanorffs nach Simonsburg um Waffenstillstand vorlag, die Situation unheilbar verfahren war. Die Verantwortung dafür sollten diejenigen tragen, die während des Krieges die politische Macht hatten. Unter vier Augen sagte ich zu Ebert: „Wißt du unsere Partei in die Konfuzsmasse der Hohenzollern werfen?“ Da erklärte mir Ebert: „Es geht nicht um die Hohenzollern und nicht um die Partei, sondern um unser Land und unser Volk. Wenn wir das Land bestohlen können, an dem das Schicksal des deutschen Volkes zugrunde zu gehen droht, dann hat die Partei ihren Zweck erfüllt.“ Diesen Standpunkt hat Ebert dann mit großer Schärfe vor Parteivorstand und Fraktion vertreten. Bis zuletzt war er bereit, die Partei als Mittel zum Zweck für unser Volk zu betrachten und selbst die Partei zu opfern zum Wohle des Landes.

Gegenüber einer Behauptung des Zeugen Lehnhoff in der ersten Instanz weiß Wels darauf hin, daß Ebert in den Jahren 1910 bis 1915 nur viermal in Berliner Versammlungen gesprochen hat. Auf eine Frage der Verteidigung über den Bericht des Parteivorstandes über den Munitionsarbeiterstreik an den Parteitag in Weimar 1919 macht der Zeuge auf den agitatorischen Charakter dieses Berichts aufmerksam, zu dem man heute im einzelnen genau so wenig stehen könnte wie die Deutschnationalen zu ihren Forderungen vor dem 29. August letzten Jahres.

Zeuge ehemaliger Regierungsrat Henninger, während des Krieges Vertreter der politischen Polizei beim Oberkommando der Marine. In geschwägerter Beziehung hält er einen langen Vortrag über die Ereignisse jener Zeit, nachdem er als Penzionär der Republik seit dem ersten Prozeß die Bibliotheken durchgearbeitet hat, um wie er aufbündelt, über jene Streikereignisse ein Buch zu schreiben.

Für den Fall des Streikes sei vorher schon vom Oberkommando beschlossen worden, 10 Prozent der Berliner Rüstungsarbeiter durch das Kriegsamt einzuziehen zu lassen. Gegenüber Erklärungen Eberts im Ausschuß des Reichstags zu den Streitvorgängen in Österreich zitiert der Zeuge aus der „Kriegszeitung“ die Forderung: „Von Rechts wegen gehören Ebert und Scheidemann auf den Scheidehaufen.“ Das sei die Auffassung in den nationalen Kreisen gewesen, fügt er hinzu. Er gibt dann Zahlen der Streikenden an, die seine Dienststelle festgesetzt habe, muß aber zugeben, daß der preussische Innenminister damals mit diesen Zahlen die deutsche Öffentlichkeit und das Ausland betrogen hat und gesteht schließlich, daß es sich doch um rund 500 000 Streikende gehandelt hat. Ohne jede Kenntnis des Zeitungsgewerks behauptet der Zeuge, daß der Verfasser des Vorwärtsartikels über den Streik beim Streikabbruch zugegen gewesen sein muß. Sich selbst belobigend hebt er hervor, daß er auf das Landesverordnungsblatt gegen Dittmann gedrängt habe und daß auch Scheidemann ein solches Verbot angehängt werden sollte wegen Beteiligung an einem Demonstrationzug. Seine Dienststelle sei damals auch daran eingetreten, daß Ebert

Angst vor drohender Schwüle. Erst Schwüle, dann Schweiß. Sein Bauer sollte sich voll und ganz auf ihn verlassen können. Er halte die Hände zu Häuten und lasse mehreremal mit den Armen nach unten, daß es den ganzen Körper durchgucke.

„Sie blieb stumm, als sie das sah; aber ihr Herz ging rasiger.“ „Nicht wahr?“ „Lam es dann einsehender von ihren Lippen.“

„Lorenz schüttelte den Kopf.“ „An der Sub?“ „Die Frage brachte ihn wieder zum Schwelzen.“ „Ne, no, was es da zu machen, wenn Ihr 'n sel wollt?“ „Der Bauer soll den Sub sei um sich haben?“ „Ah?“ „Nei er geriet. „Kummer die alte Gefährt.“ „Ach, wach den Gedanken sei.“

„Kumm merkte er, daß sie wieder neben ihm stand.“ „Sieht er ihm ähnlich? — Sieht der Sub dem Felsbayer gleich?“

„Die ein Schlag traf ihn diese Worte.“ „Felsbayerin, so es die Kathrin sei. „Was denkt 'r war?“ „Ach,“ sagte sie. „'r hat ja selbst gesagt, was's ein's ins Blut kommt. — Ich weiß, wann die Stunde in ein's geret und geret! Wenn die Natur dort wird! In ein's Tag es 's jo, am amern wieder amertit an gut. Sie es doch auch e Weibsbild sei ich, um an den Felsbayer.“

„Aber 's is nei jo! — Der Mensch kann auch eijern sei.“ „Die Du, Lorenz?“ „In mein Herr!“

„Sie fuhr mit einem Span in des Ollsch, das an einem schiefen Draht von der Decke herabhäng, und schobte an dem Draht, daß das Rastband nurmehr anstarrt und sich die Schatten der beiden wie vom Fande gewicht an der Wand hin und her bewegen, als trübte sie selbst ein festes Konzept.“

„In im glaub 'n Felsbayer sei.“ „Dabei schaupte sie mit dem Finger, drehte sich einem der kleinen Scherenscheren zu und strichle eines Augenlid in des Dunkel Lorenz wachte auf ein letztes Wort.“

„Es alte Mir tulle laut.“ „Endlich wachte sie sich ihm wieder zu.“ „Lorenz, was mach?“ „Der Sub.“ „Ret, ich mach mer Heide.“

„De ganz er hunsd und sein fetter Trütz merke sich erst, als des Scherenscheren hinter ihm in den Augen leuchtete. Berman lag sich die Frau nur selbst etwas vor?“

(Fortsetzung folgt)

eingezogen werde. Die Regierung habe es jedoch aus politischen Gründen abgelehnt, fügt er bedauernd hinzu. Die Polizei sei dagegen mit Anmerkungen versehen gewesen, gegen Reichstagsabgeordnete energisch vorzugehen.

Zum Schluß verliest der Zeuge dem Staatssekretär Waltraf noch einen Brief, indem er bestätigt, daß sich das Oberkommando mit diesem in Verbindung setzte, damit mit den Streikenden nicht verhandelt werde. Das wisse er von zuverlässiger Seite. Dem Vertreter des Oberkommandos habe der Staatssekretär auch erklärt, er denke gar nicht daran, zu verhandeln. Auf den Einwand des Vorlesenden erklärt der Zeuge weiter, daß auf Grund des Belagerungszustandes der Oberbefehlshaber der Marine ausschlaggebend war und nicht der Staatssekretär des Innern.

Zeuge Otto Braun. In der Nachmittagsitzung wird zunächst der bisherige preussische Ministerpräsident und jetzige Reichspräsidentenlandsrat Otto Braun vernommen. Er bestätigt, daß dem Parteivorstand und ihm nichts bekannt war von dem bevorstehenden Ausbruch des Streiks. Vertreter der Betriebe hätten gedrängt, in die Streikleitung einzutreten, damit es gelinge, den Streik so schnell wie möglich beizulegen und auf wirtschaftliche Forderungen zu beschränken. Der Parteivorstand hätte es entschieden abgelehnt, aber schließlich nachgegeben in der Erkenntnis, daß es wenigstens dadurch möglich sei, den Streik rasch zu beendigen.

Auf eine Frage des Generalstaatsanwalts erklärt der Zeuge: Bei der Einstellung der Bevölkerung im vierten Kriegswinter mußte immer die Befürchtung vorhanden sein, daß es zu Gewalttätigkeiten kommt, wenn diese Leute in die Hände gewissenloser Leute kamen, wie es die Sozialisten waren.

Zeuge Wiesberts war damals als christlicher Gewerkschafter parlamentarischer Vertreter im Wirtschaftsministerium und hat den Munitionsarbeiterstreik mit v. Slein und Waltraf besprochen. Er bezeugt: Ich habe Waltraf gesagt: „Lassen Sie die Leute nicht weggehen. Das Schlimmste ist, wenn eine Deputation, die gehört sein will, abgelehnt wird. Daraus sind immer die schlimmsten Folgen entstanden.“ Ich hat, daß die Deputation empfangen werden sollte. Waltraf war anderer Meinung. Er blieb bei seiner Weigerung, weil er meinte, er würde sich etwas verhehlen, wenn er mit der Deputation verhandeln würde. Dann hat mich Scheidemann, darauf hingewirkt, daß die Abordnung empfangen und mit ihr verhandelt würde. Dann sei der Streik in kurzer Zeit beendet. Ich habe einen Vermittlungsvorschlag gemacht. Es sollte eine Erklärung abgegeben werden, daß über politische Fragen nur mit dem Reichstag und über wirtschaftliche Fragen nur mit den Gewerkschaften verhandelt werden könne, und außerdem eine Warnung vor den Folgen des Streiks. Waltraf hat diese Erklärung abgelehnt. Der Zeuge unterstreicht: Ich habe es bedauert, daß die Sache diesen Ausgang nahm und habe das Ministerium dann verlassen. Ich bin überzeugt, wenn man verhandelt hätte, wäre der Streik innerhalb 24 Stunden beigelegt worden. Es handelte sich nur darum, für die Streikleitung eine Formel zu finden, um die Massen zur Aktion zu bringen. Als der Munitionsarbeiterstreik ausbrach und die Sozialdemokraten die Leitung übernahmen, habe ich die Auffassung vertreten, jetzt wird die Sache bald erledigt. Ich beirat die Auffassung, daß es gut war, daß der Streik eine Zeitung bekam. Es lag nicht im Interesse der Landesverteidigung, daß die Leitung des Streiks in den Händen der Unabhängigen lag. Wenn die Mehrheitssozialdemokratie einen Streik hätte machen wollen, um den Krieg zu verfrühen, dann hätte sie es nicht so dumm gemacht, sondern sich mit den Gewerkschaften verbunden.

Zeuge Landtagsabgeordneter Artur Püster schildert den Streikausbruch in den Coerg-Werken, wo er selbst, obwohl der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angehörend, als Delegierter gewählt wurde, um beim sozialdemokratischen Parteivorstand vorstellig zu werden. Er bestätigt, daß der Parteivorstand und insbesondere Ebert zunächst das Eintreten in die Streikleitung scharf abgelehnt haben.

Am Rißbergschloß vorzubringen, unterstreicht der Zeuge Wels noch einmal, daß die Sozialdemokratie auch einen wirtschaftlichen Streik nie und nimmer gebilligt habe. Der Zeuge Artur Püster bekräftigt das.

Dramatisch gestaltet sich dann eine scharfe Auseinandersetzung zwischen den Zeugen Henninger und Wels, als dieser mehrere Behauptungen Henningers rüchrigstellte und die Unmöglichkeit vieler von ihm vertretenen Auffassungen nachweist. Vor allem hebt Wels hervor, daß die Sozialdemokratie niemals in Zimmerwald und Kienthal war und daß Fälle für die sozialdemokratische Konferenz in Stockholm von der Nachkriegszeit und dem Generalkongress ausgestellt wurden. Gegenüber Henninger, der sich auf seine gute Kenntnis der Vorgänge bei der Sozialdemokratie etwas zugute tut, erklärt Wels, daß dieser

nur auf Spitzelberichte angewiesen gewesen sei und daß Spitzelberichte immer unzuverlässig seien. Wenn nur 16 Betriebe zu Beginn im Streik gewesen wären, dann hätte sich Ebert nie entschlossen, in die Streikleitung einzutreten.

In dem Fabrikdirektor Eugen Ernst aus Brandenburg besteht dem Angeklagten ein eifriger Befürworter der Sozialdemokratie. Entsetzt springen aber die Verteidiger auf, als er erklärt, nichts davon zu wissen, daß die Sozialisten und die Gelben eine andere Haltung zum Streik eingenommen hätten.

Diesem Zeugen würdig erweist sich der ehemalige Vorsitzende des Buchbinderverbandes Klotz, der, wie auch in der ersten Instanz, auch diesmal in gekünstelter bartnäher Weise, ohne tatsächliches Material vorzubringen, seine Negativen-Meinung gegen die Führung der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften vorträgt. Er wird am Dienstag nachmittag um 2 Uhr dem damaligen Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften G u f a b Fauer gegenübergestellt werden, damit seine Behauptungen einer genaueren Überprüfung unterzogen werden können.

Abends um 6.10 Uhr werden die Verhandlungen auf Dienstag vorzeitig befragt.

### Was bleibt übrig?

Das Berliner Landgericht I wird im Laufe dieser Woche über die Verhaftung verhandeln, die von den Verteidigern Julius und Henry Barmats gegen die Fortdauer der Haft beider eingeleitet worden ist.

Das Landgericht sieht dabei vor einer völlig neuen Situation; denn es liegt ihm ein Beschluß des Untersuchungsrichters vor, durch den die Angelegenheit zum zweitenmal auch von amtlicher Seite in einem ganz andern Sinne gezeigt wird, als von weiten Kreisen nach der Theatralik des staatsanwaltlichen Vorgehens und nach der beispiellosen Hetzkampagne einer gewissen Presse angenommen worden war. Der Untersuchungsrichter hat nämlich Mitte voriger Woche einen Beschluß erlassen, in dem er es zwar ablehnt, seinerseits die Haftentlassung anzuordnen; aber als Grund dafür war ausdrücklich nur angegeben, daß die Beschuldigung der Bestechung des Ministers Höfle zu Unschuldigkeitsfragen noch nicht genügend geklärt sei; dagegen wird in demselben Beschluß erklärt, daß sich die Anklage des Kreditbetrugs und der Bestechung von Staatsbeamten als unhaltbar erwiesen habe, so daß wegen dieser Anklagepunkte als keine Haft mehr gerechtfertigt sei.

Wenn man sich erinnert, auf Grund welcher sogenannten Verdachtsmomente die große Kampagne seinerzeit begonnen und mit welchen Begründungen sie fortgesetzt wurde, bedeutet dieser Beschluß des Untersuchungsrichters nichts weniger als einen endgültigen Zusammenbruch fast des ganzen Anklagegebäudes.

Am ersten Tage der Massenverhaftungen wurde als Begründung bekanntlich mitgeteilt, den Barmats seien Verbindungen mit Kutisker und seinen Geschäften nachgewiesen. Innerhalb zweier Tage war aber nachgewiesen, daß weder die Barmats noch ihre Firmen jemals in irgendwelcher persönlicher oder geschäftlicher Beziehung zu Kutisker gestanden hatten.

Darauf verlegte sich die Staatsanwaltschaft auf eine zweite These. Möglich war der Verhaftungsgrund Kreditbetrug gegen die Staatsbank, und die Presse war voll von Nachrichten über „Auftragbringer“ und „wertlose Unterlagen“. Inzwischen haben aber die gerichtlich eingeleiteten Treuhänder des Barmatschen Vermögens festgestellt, daß sogar jetzt noch, nachdem alle Objekte, eben durch das Vorgehen der Staatsanwaltschaft und durch die Verhaftungen, bereits auf Bruchteile ihres Wertes vermindert worden sind, noch immer alle Schulden in Gesamthöhe von rund 30 Millionen glatt befriedigt werden können.

Als diese Entkräftung der Betrugsankuldigung immer deutlicher näher rückte, fassete die Staatsanwaltschaft zum drittenmal um und stützte sich plötzlich auf die These von der Bestechung der Staatsbankbeamten. Obwohl die angeblich Bestochenen in Freiheit waren, mußten die angeblichen Bestecher weiter in Haft bleiben.

Aber auch diese dritte Konstruktion ist vom Untersuchungsrichter inzwischen als unhaltbar verworfen worden, und übriggeblieben ist bisher nur die ganz nachträglich erhobene und darum bisher auch noch nicht genügend klarstellte Höfle-Geschichte.

Nicht weniger als 15 Personen wurden zu Anfang verhaftet. Wie sieht die Liste dieser Schwerverbrecher jetzt aus?

1. Julius Barmat, noch in Untersuchungshaft;
2. Henry Barmat, noch in Untersuchungshaft;
3. Salomon Barmat
4. Isaac Barmat
5. Direktor Lichtenstein (Merkurbank)
6. Direktor Schaffer (Merkurbank)
7. Direktor Thiede (Merkurbank)
8. Direktor Goeride (Merkurbank)
9. Ministerialdirektor Raub (Merkurbank)
10. Direktor Staub (Berlin-Burg)
11. Direktor Rubinowicz (Berlin-Burg)
12. Direktor Wolf (Z. Roth)
13. Direktor Levy (Amegima)
14. Finanzrat Mübe, entlassen gegen 5000 Mark Kaution;
15. Direktor Klenke (Amegima) noch in Haft; Entlassung ab dem Untersuchungsrichter beantragt, da kein Vaterbuddi mag.

Von 15 Verhafteten also konnten überhaupt nur drei längere Zeit festgehalten werden. Und von diesen dreien wieder ist ein weiterer so weit gereinigt, daß der Untersuchungsrichter sich mit seiner Entlassung einverstanden erklärt hat. Die beiden letzten sitzen nur noch wegen der Ungeklärtheit eines einzigen Punktes, mit dem Hinzufügen des Untersuchungsrichters, daß auch bei ihnen keine Verdunklungsfahrt mehr besteht.

### Zeitverschwendende Ausschüsse.

Der preussische Untersuchungsanspruch für die Barmat-Kutisker-Affäre beschäftigte sich am Montag mit der Wohnungsbeschaffung für Barmat in Schwannenberg. Wie so oft schon, kam nichts Neues oder Kennenswertes dabei heraus. Nach Verlesung einiger Schreiben und Aktenstücke aus verschiedenen Barmat-Prozessen vertagte sich der Ausschuß auf Dienstag. An erster Stelle soll am Dienstag der frühere Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt vernommen werden. Robert Schmidt wurde erst in der vorigen Woche ausgiebig und gründlich von dem Reichstags-Untersuchungsausschuß befragt. Nun soll das, was längst in den Zeitungen stand, nochmals lang und breit erörtert werden. Allmählich wird die durch diese Art von Untersuchung getriebene Selbstverschwendung doch etwas zu bunt.

### Der Stahlhelmkandal von Striegau.

Am fünften Verhandlungstag prüfte das Gericht in der Hauptphase den von der Anklageschrift behaupteten angeblichen Aufmarschplan der Reichsbannergruppen in der Umgegend von Striegau. Eine ganze Anzahl schwerer Beschuldigungen erweisen sich als derart unbegründet und mit sträflichem Leichtsin aufgestellt, daß selbst der Staatsanwalt sich etwas mehr als bisher zurückhält und nur selten eingreift.

Ein Wirtschaftsinспектор aus Thomaswalde, der in der Anklageschrift als Belastungszeuge gegen die Arbeiterjamborier genannt wird, bezeugt, daß er bereits am Sonntag vormittag einen Trupp Arbeiterjamborier mit einer verfallenen Fahre von Striegau kommen sah. Der Angeklagte Hauptlehrer Geburt läßt diese Angelegenheit dahin auf, daß am Sonntag vormittag in der Grabenmühle bei Striegau ein Unglück passierte, wozu sofort die Arbeiterjamborier alarmiert wurden, die dann zu der vom Zeugen angegebenen Zeit

den Verunglückten auf einer Fahre abtransportierten.

In Ansehung daran wird eine Reihe Reichsbannerkämpfer aus der Umgegend von Striegau vernommen, um die Vorgänge über die angebliche Alarmierung festzustellen. Der Zeuge Langer aus Striegau, der auf seinem Motorrad Alarmglocken in vier umliegenden Ortschaften besördert hat, gibt an, die Zettel nicht gelesen zu haben. Doch war ihm über den Inhalt mitgeteilt worden, daß die auswärtigen Reichsbannerkameraden zum Schutz des republikanischen Eigentums nach Striegau gerufen werden sollten. Mündlich sollte er ausrichten, daß die Leute sich einzeln und in aller Ruhe nach Striegau begeben sollten.

Zeuge Hillmann aus Klein-Mosen begab sich am Sonntag vormittag allein und ohne Benachrichtigung auf den Weg nach Striegau. In Groß-Mosen sah er zwei Kriegerverwundeten, die nach Striegau zu dem Umzug wollten. Er rief ihnen zu:

„Ich gratuliere!“ Diese Aeußerung wird dem Reichsbanner in der Anklageschrift zur Last gelegt, als ob Hillmann mühte, daß in Striegau (Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Schattenmorellen M. O. Lübeck  
Fornauerstraße 34  
Hanselstraße 8



etwas passieren würde. Der Vorfall hat sich in harmloser Weise folgendermaßen auf: Die beiden Kletterer trugen Zylinder, wie es brave Deutsche tun, wenn sie patriotisch werden, und sahen nach den Aussagen des Zeugen „so freudig“ aus, daß er glaubte, sie haben Geburtstag oder sonst irgend etwas Besondere. Darum gratulierte er. Wie der alte Mann in rührender Einfachheit die Sache erzählt, kommt wieder einmal die ganze Ungeheuerlichkeit der übereifrig belästigenden Anklageschrift zum Ausdruck. Im übrigen wurde der Zeuge, weil er nach Striegau gegangen war, von seinem Dominium am Montag früh freilos entlassen, obwohl er an den Zusammenstößen so wenig beteiligt war, daß nicht einmal der Staatsanwalt ihn anklagte. Bereits am Montag nachmittag wurde er von der Gutsverwaltung wieder eingestellt, da sich seine völlige Unschuld ergab.

Bei der Vernehmung weiterer Zeugen aus der Umgegend von Striegau legt der Staatsanwalt vor allem Wert auf die Feststellung, welche Lieder von den Reichsbannerleuten gesungen worden seien, insbesondere, ob man das Lied mit dem Vers „Blut muß fließen“ angestimmt habe. Rechtsanwalt Baerenprung muß erst das Gericht darüber belehren, daß dieses inkriminierte Lied ein alter Schlundvierziger-Gesang ist, der eine lustige Verhöhnung der bürgerlichen Revolutionen von 1848 darstellt und seit Jahrzehnten auch in akademischen Kreisen beliebt ist.

Dann geht das Gericht zur Vernehmung der Zeugen, die die Striegauer Schlägereien gesehen haben, über. Der Oberfeldner eines Striegauer Gasthauses sagt aus, daß während des Aufmarsches am Ring die Volksmenge von beiden Seiten in den Stahlhelmschutz hineindrängte und dabei sofort eine Schlägerei zwischen Stahlhelm und Reichsbanner begann. Hundert Schritte weiter entstand eine neue Prügelei. Stahlhelmeleute brachen aus dem Zuge aus, um die Reichsbannerleute zu verfolgen. Die

Stahlhelmlavallerie hatte blank gezogen. Ein Stahlhelmsoldat will gesehen haben, daß das Reichsbanner den Stahlhelm beschimpfte und mit den Schlägen anfang. Auf eindringliches Befragen der Verteidigung gibt der Zeuge jedoch zu, daß von beiden Seiten geschimpft wurde. Bei den dann einsetzenden Prügeleien haben nach dem Zeugen beide Parteien „kühlig“ aufeinander eingeschlagen.

Das Verhalten der Polizeibeamten an den fraglichen Tagen wird durch eidliche Aussagen noch dahin beleuchtet, daß ein Polizeibeamter am Sonnabend abend während des Festkommers von Stahlhelmen brüderlich umarmt wurde. Polizei und Stahlhelm verkehrten an beiden Tagen sehr freundschaftlich miteinander. Während der Vernehmung mehrerer Zeugen, die den Eid in der nichtreligiösen Form leisten, macht sich die Schöffe, eine Erbholtscheibeherin aus dem Kreise Nimpfisch und Vorsitzende des dortigen Königin-Luise-Bundes, Aufzeichnungen über die Zeugen, die den nichtreligiösen Eid ablegen, was die Angeklagten sehr benutzte.

Der Zeuge Weder aus Striegau bekennt unter Eid, daß der Stahlhelm zwei aufgerollte Patentkreuzfahrnen am Vormittag in der Stadt mit sich führte. Als der Zeuge den Polizeimeister Lehmann auf diese Tatfachen aufmerksam machte, wurde ihm geantwortet: Mit dummen Jungen verhandelt ich nicht. Ich werde handeln, wenn es Zeit ist. Auf der einen Fahne stand: Ortsgruppe Nieder-Salzbrunn. Rechtsanwalt Bandmann verlangt wegen dieser wichtigen Aussage eine Konfrontation des Zeugen mit dem Polizeimeister Lehmann.

### Sechster Verhandlungstag.

Am sechsten Verhandlungstag ging das Gericht nochmals auf die angeblichen Vorbereitungen des Reichsbanners ein und prüft dann die Frage, ob der Stahlhelm die ihm auferlegten gesetzlichen Einschränkungen durch Mitführen von Patentkreuzfahrnen übertreten hat.

Zeuge Gärtner, Striegau, bekennt, daß in der Freitag-Verammlung des Reichsbanners wieder über eine Versammlung der Striegauer Reichsbannerkameraden am Sonntag im Volkshaus noch über eine Alarmierung der auswärtigen Reichsbannergruppen Beschlüsse angeordnet wurde. Als die Sachlage am Sonntag vormittag gefährlich wurde, verlangte der Zeuge von Herrn Müller, daß er zum Schutze des Volkshauses die auswärtigen Kameraden herbeihole. Müller weigerte sich zunächst, gab aber dann dem Drängen der Reichsbannerleute nach, Gärtner als Vorsitzender des Ausschusses des Volkshauses hatte ein besonderes Interesse an dem Schutze des republikanischen Eigentums.

Zeuge Lehrer Ring, Gräben, erklärt ebenfalls, daß am Sonntag vormittag im Striegauer Volkshaus Müller erit zu der Alarmierung gedrängt werden mußte, da eine Anzahl Reichsbannerkameraden auf Grund der Stahlhelm-Ausdreibungen in anderen Städten für den Sonntag abend auch um das Striegauer Volkshaus fürchteten.

Zeuge Mengel, Striegau, Kassierer des Reichsbanners, schilderte die Einteilung der Einlassierung am 26. Oktober vormittags im Volkshaus, die von der Anklageschrift zu einer planmäßigen Einteilung von Reichsbannertrupps zu Angriffszwecken umgedeutet wird. Einzelne Straßenzüge wurden aufgerufen und die Beitragsaufstellung den verschiedenen Kassierern übergeben. Weitere Zeugen bestätigen die vollständige Saramlosigkeit der inkriminierten Vorgänge.

Am Anschluß daran werden noch eine größere Anzahl Zeugen vernommen, die sowohl die Patentkreuzfahrnen gesehen haben, als auch das merkwürdige Verhalten der Polizeibeamten bezeugen. Angeklagter Müller weist ausdrücklich darauf hin, daß er den Reichsbannerkameraden gesagt hätte: „Wenn ihr etwas Ungeheuerliches merkt, dann schreibt nicht selbst ein, sondern macht die Polizei darauf aufmerksam!“

Der Stahlhelmführer Koch legt dem Gericht eine der mitgeführten Stahlhelmfahrnen vor, ein schwarzer Wimpel mit einem weißen Schwert und einem Totenkopf, beides in sehr kitschiger Ausführung. Das auf diesem Wimpel befindliche Patentkreuz war am Donnerstag nachträglich auf Vorhaltungen der Polizei abgetrennt worden.

Die Konfrontation des Zeugen Weder mit dem Polizeimeister Lehmann ergibt die Unsicherheit der Lehmannschen Aussagen. Lehmann will die Patentkreuzfahrne überhaupt nicht gesehen haben und hat den Zeugen Weder, der ihn auf das Patentkreuz aufmerksam machte, sehr scharf angefahren. Rechtsanwalt Bandmann erklärt, daß ihm der Polizeimeister nicht zum erstenmal vor Gericht gegenüberstehe und wegen seiner scharfen Art bekannt

sei. Hätte der Zeuge Weder den Polizeimeister beschuldigt, so wie es Lehmann behauptet, dann hätte der Beamte ganz anders reagiert.

Zeuge Ring bekennt zu dem Zusammenstoß zwischen dem Polizeimeister Lehmann und dem Hauptlehrer Geburt, daß Lehmann die mehrfachen Aufforderungen, gegen die Stahlhelmer einzuschreiten, erregt abgelehnt hat, was eine große Anzahl anderer Zeugen ebenfalls aussagen.

Zeuge Stahlhelmer Buerli äußert sich zu den Vorgängen am Feldschlösschen, dem Sammelplatz des Stahlhelms. Dort hätten sich etwa 80 Reichsbannerleute befunden. Selbst dieser Hauptbelastungszeuge muß zugeben, daß eine derartige Minderheit gegen den Stahlhelm gar nichts hätte ausrichten können, im Gegenteil unweigerlich kühlig betrügelt worden wäre.

Der Stahlhelmszeuge Hahn gibt zu, daß bereits am Feldschlösschen von beiden Seiten Beschimpfungen ausgestoßen wurden, daß es aber den beiderseitigen Führern zunächst gelang, sowohl Stahlhelm als auch Reichsbanner zu beruhigen. „Angeklagter Geburt erklärt dazu, daß Hahn ihm sofort, als die Schlägerei am Feldschlösschen begann, zugeb: „Müdel gibt es auch bei uns.“

Der Zeuge Rador, Gräben, erklärt zu diesen Vorfällen, daß ein Beschluß der Reichsbannerleute vorlag, kein Reichsbannermann dürfe während seiner Bannertätigkeit Alkohol zu sich nehmen. Er habe es als seine besondere Aufgabe angesehen, auf dieses Gebot zu achten. Während des Aufenthalts am Feldschlösschen wurde das Reichsbanner mit Ausdrücken wie Arbeiterlumpen, Rote Garde, Proletariatlumpen von Seiten des Stahlhelms beschimpft. Die letzte Gruppe des abgehenden Stahlhelms giel darum auf, weil sie aus besonders starken Männern bestand. Diese drohten:

„Na wartet nur heute abend!“

Das empörte die Reichsbannerkameraden, die inzwischen an Zahl geringer geworden waren. Ein Stahlhelmsmann schlug plötzlich auf einen alleinstehenden Reichsbannermann ein. Darauf versuchte Geburt nochmals zu schlichten. Vom Stahlhelm jedoch ertönte das Infanteriealarmsignal: Die letzten Stahlhelmsgruppen machten kehrt und stürmten auf die etwa 20 übrig gebliebenen Reichsbannerleute ein, die dann bei der Prügelei schwer verletzt wurden.

Der Zeuge Ring bestätigt diesen Vorgang und weist darauf hin, daß zuerst ein Reichsbannerkamerad verletzt wurde, den er selbst notdürftig verbinden ließ. Der schwerverletzte Zeuge Bruschke hat den ganzen Vorgang ebenfalls beobachtet. Dem Infanteriealarm des Stahlhelms folgte der Befehl: Steinauer vor! Bruschke wurde dann von den Stahlhelmsreitern verletzt und erhielt von Stahlhelmsleuten

Messerstiche und Schläge auf den Kopf.

Auch die Hand wurde ihm gebrochen. Als ein Samariter vom Roten Kreuz ihn verband, trat ein Stahlhelmsmann an den Verletzten heran und sagte drohend: „Na, hast Du genug? Dich das schlagen wir noch to!“ Der Samariter nahm darauf den Schwerekten in Schutz, worauf auch ihm vom Stahlhelm gedroht wurde: „Was, Du willst wohl den Lumpen noch verteidigen?“

Der Richter Wohl aus Striegau hat während des Stahlhelmsumzugs bei einem Stahlhelmsmann einen Revolver gesehen, den er — aus dem Zuge tretend — gerade lud. Die aufgeregten Zuschauer nahmen dem Stahlhelmsmann den Revolver weg. Verteidigung und Staatsanwalt bestätigen den Vorfall durch genaue Belege. Der Revolverheld ist ausnahmsweise angezeigt!

Zeuge Stahlhelmsmann Herrmann macht eine Reihe ungläubiger Aussagen, z. B. habe ein Reichsbannermann mit Rote-Kreuz-Binde gegen die Stahlhelmer geschossen! Auch er weigert sich — wie die übrigen Stahlhelmer — den „sozialdemokratischen“ Verteidigern, die ihn über Einzelheiten der Schlägerei befragen, zu antworten.

Zum Schluß der Verhandlung beantragt Rechtsanwalt Baerenprung die Ladung weiterer acht Zeugen zur Entlastung des Angeklagten Geburt.

Die Verhandlung wird am Montag über dieselben Vorfälle fortgesetzt werden.

### Der Spiegelsumpf in Leipzig.

Im „Licht“prozeß wurde am Sonnabend die Vernehmung des Kriminalkommissars Keller fortgesetzt, der sich u. a. über die Verhaftung des Meyer äußert. Er ist durch Rausch auf Meyer aufmerksam gemacht worden.

Es werden dann eine Anzahl Quirungen, die bei Hallup beschlagnahmt wurden, vorgelesen. Sie tragen zum Teil russische Unterschriften. Nach längerer Vernehmung, in der Keller des öfters die Aussage verweigert, weil er nicht die Erlaubnis dazu habe, wurde die Verhandlung auf Montag 9 Uhr vertagt, nachdem zuvor beschlossen wurde, die Fragen, die mit der russischen Volkssache zusammenhängen, unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu verhandeln.

In der Montagssitzung des Lichtprozesses wird zur Vernehmung des Kriminalsekretärs Kalm geschritten, der bei der Verhaftung des Meyer anwesend war. Rausch habe ihn auf einen Josef aufmerksam gemacht, welchen der Zeuge als Kuhl's ermittelte, Albert wurde als Meyer festgestellt.

Zeuge: Nachdem ich beide längere Zeit beobachtet hatte, konnte ich sie in dem Augenblick verhaften, als sie vor der russischen Volkssache ein Auto bestiegen wollten. Meyer wollte sofort seinen Revolver ziehen,

der, wie später festgestellt wurde, geladen und entzündet war. — Meyer stellt diese Behauptung entschieden in Abrede.

Meyer: Ist es richtig, daß Sie mich, als ich gefesselt war, ins Gesicht geschlagen haben?

Der Zeuge weiß wohl, daß Meyer gebietet hat, geschlagen habe er ihn jedoch nicht. Bei den weiteren Aussagen des Zeugen kommt es mehrfach zu erregten Debatten. Der Zeuge betont noch, daß ihm Rausch das Waffenlager der Kommunisten in Potsdam verraten habe.

Darauf wird Fräulein Ana, die Frau des Angeklagten Hallup vernommen, welche aber keine mehr weiß, ob sie mit ihm ernstlich eine Ehe eingehen will. Sie war früher 2 Jahre lang Strafanstaltsaufseherin im Frauengefängnis, und gibt an, verschiedene Personen gesehen zu haben, die bei Hallup ein und aus gingen.

Darauf wird die Richterin des Angeklagten, Frau Heise, vernommen. Vor.: Wer hat bei Antorf verkehrt? Zeugin: Roegel und Neumann haben bei uns verkehrt. Martin hat unter dem

Namen „Brandier“ bei uns gehohnt. Stoblenki lenne ich nicht. Der Gerichtshof verurteilt nach kurzer Beratung, daß die beiden Zeugen nicht vereidigt werden, da sie sich der Teilnahme verdächtig gemacht haben. Darauf werden die beiden Zeugen entlassen.

R.-A. Löwenthal zum Zeugen Koppenhöfer, welcher auf Antrag der Verteidigung wieder im Saal anwesend ist: Herr Zeuge, haben Sie mit noch nicht vernommenen Zeugen gesprochen?

Vorj.: Diese Frage weise ich als ungeeignet zurück. Die Rechtsanwaltschaft steht auf dem gleichen Standpunkt. Der von Löwenthal beantragte Gerichtsbeschluss fällt ablehnend aus.

Der Verteidiger Löwenthal stellt jetzt an den Zeugen Koppenhöfer noch eine ganze Anzahl entsprechender Fragen, welche von diesem ausweichend beantwortet werden. Die Frage, was er mit dem Zeugen Bohner gesprochen hat, wird nach Gerichtsbeschluss als ungeeignet zurückgewiesen. R.-A. Löwenthal beantragt hierauf, den Vorgang zu Protokoll zu nehmen. Das wird abgelehnt. Der beantragte Gerichtsbeschluss soll an geeigneter Stelle des Verfahrens gefaßt werden. Diese Ablehnung führt zu einer heftigen Auseinandersetzung

zwischen den Verteidigern und dem Gerichtshof.

Darauf wird der Zeuge Gustav Adolf Himmelf, aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Er gehört der Kommunistischen Partei an und hatte den Auftrag, den General v. Seede, der zur Kur in Baden-Baden weilte, zu beobachten und zu bespionieren.

R.-A. Wolff: Warum hat man Sie zum Kampfleiter vorgeschlagen? Zeuge: Weil man keinen Dummeren fand.

R.-A. Wolff: Wer war damals der Ortsvorsitzende der Partei?

Zeuge: Damals war so eine Saverei in der Partei, daß man nicht wußte, wer der Vorsitzende war.

Nach einer kurzen Pause wird der russische Staatsangehörige Hippo aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Seine Aussagen sind jedoch nicht von wesentlicher Bedeutung.

Dann wird der Kriminalsekretär Mazauke vernommen, der Waffen und Sprengstoff bei Neumann beschlagnahmt hat. Er hat auch den mit Waffen und falschen Ausweispapieren versehenen Sagon festgenommen. Mit König und Diener will er weder telefonisch noch persönlich in Verbindung gestanden haben. Auf alle weiteren Fragen verweigert er die Auskunft.

Darauf wird der Zeuge Mikle vernommen, bei dem Neumann seine illegale Wohnung hatte. Neumann sei in der Trunkenheit einmal auf ihn zu gesprungen und habe ihn an der Kehle gepackt, habe aber sofort wieder abgelaufen. Der Zeuge hat ihn für einen politischen Fanatiker gehalten. Neumann sollte eines politischen Prozeß inszenieren. Diese Aussage bestreitet Neumann auf das entschiedenste. Richtig fällt der Zeuge nach vorn um, erhebt sich aber gleich wieder.

Vorj.: Mann,

Sie haben wohl Schnaps getrunken?

Nachdem von der Verteidigung noch einige Fragen an den Zeugen gestellt wurden über das sonstige Benehmen des Neumann, wird auch dieser entlassen.

Als letzter Zeuge wird dann noch der Chauffeur Hasmann vernommen, der Führer des Autos gewesen ist, das Meyer und Kuhl benutzten. Auf die Vernehmung dieser beiden Zeugen wird ebenfalls verzichtet, da auch sie sich der Teilnahme verdächtig gemacht haben.

Fortsetzung der Verhandlungen Dienstag 9 Uhr. —

### Der Kontrolleur merkte nichts.

Der Kreisliche Landtagsauschluß zur Untersuchung der Vorkommnisse bei der Landesspfandbriefanstalt verhandelte am Sonnabend die Frage der Staatsaufsicht. Geheimrat Mehring habe sachungswidrig und gegen das Gesetz gehandelt.

Der Bürgermeister v. Wedekstedt und Direktor Semper saßen in den Geschäften Verflechtungsgeschäfte, für die Mehring und Lüders verantwortlich seien; eine strafrechtliche Verfolgung sei nicht zu umgehen. Auch von anderer Seite der Verwaltungsratsmitglieder wurde auf schärfstes Vorgehen gedrängt. Der Vorstand sei verantwortlich. Es sei nicht zu verstehen, wie diese Geschäfte so lange verschwiegen bleiben konnten. Professor Albrecht hielt eine offizielle Veröffentlichung für notwendig. Wedekstedt forderte die Erstattung der Strafanzeige. Der Antrag auf Erstattung sofortiger Strafanzeige wurde gegen fünf Stimmen abgelehnt, um die Liquidität der Anstalt nicht zu sehr zu gefährden.

Der Ausschluß vernimmt hierauf den Staatskommissar Geheimrat Fischer. Er verliest nach Aufforderung des Vorsitzenden seine schriftliche Feststellung, in der es u. a. heißt, daß er die laufende Geschäftsführung, das Verleihenwesen, die Ausgabe von Pfandbriefen und das Kassierenwesen zu überwachen habe. Er gibt eine Darstellung seiner Auffassung über seine Aufgaben. Er habe solche als Treuhänder und solche als Kommissar. Unter „laufender Geschäftsführung“ habe er niemals eine dauernde Kontrolle der Geschäfte verstanden. Nach seiner Ansicht habe eine alle zwei Jahre vorzunehmende allgemeine Revision genügt. Einen sachverständigen Einblick in die allgemeinen Bücher habe er nicht genommen.

Vorsitzender Leinert bemerkt, daß unter einer Revision, die alle zwei Jahre vorzunehmen wäre, wohl kaum eine Kontrolle „laufender Geschäfte“ zu verstehen sei.

Auf die Frage, was der Staatskommissar in der Angelegenheit des Verichts über die abgebrochene Revision veranlaßt habe, erwidert er, daß er den Bericht lediglich weitergeleitet habe. Hinsichtlich der Geschäftsführung sei er nie auf den Gedanken gekommen, daß irgend etwas Sachungswidriges geschehe. — Auf die Frage, ob er, wenn er eine Kontrolle vorgenommen haben würde, wohl etwas zu beanstanden gehabt hätte, erwidert der Zeuge: Ich bin sehr überzeugt, daß ich nichts gefunden hätte; mir wäre nichts aufgefallen! (Allgemeine Bewegung und Heiterkeit.) Der Zeuge erkennt an, daß er wohl das Recht gehabt habe, vielleicht aller 14 Tage Einblick in die Geschäfte zu verlangen; er habe aber von dieser Befugnis keinen Gebrauch gemacht. — Die nächste Sitzung soll Mittwoch abend 7 Uhr stattfinden. —

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Hochstämme u. niedrige  
**Rosen H. O. Lübeck**  
Fernspr. 3254. — Hasselbachstr. 3

Wir machen keine schönen Worte

# JOSETTI

Sondern nur

## JUNO 3's VERA 4's

anerkannt gute Qualitäts-Cigaretten,  
wovon sich jeder überzeugen kann.

KON LINON







# Wilhelm Sollmann, Minister a. D.

spricht am

Mittwoch den 18. März, abends 8 Uhr, im „Hoffäger“ in einer öffentl. Versammlung

über die

## Reichspräsidentenwahl.

### Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 17. März 1925.

#### Die Stimmlisten zur Reichspräsidentenwahl.

Für die am 29. März stattfindende Wahl des Reichspräsidenten werden von Freitag den 20. März bis einschließlich Montag den 23. März 1925, an den Wochentagen von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags, am Sonntag von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, die Stimmlisten auch während der Mittagszeit, zu jedermanns Einsicht ausliegen, und zwar:

- Im Magistrats-Konferenzzimmer des Alten Rathauses, Eingang vom Alten Markt, für:**  
Stadtteil Altstadt bis Kaiser-Otto-King, Höhenaufentzug, Büchlerstraße einschließlich;  
Stadtteil Wilhelmstadt einschließlich Am Gäwesi mit Post VI;  
Stadtteil Werder und Friedriehstadt einschließlich Herrenberg, Schickelberg und Schöndorferweg.
- Im Verwaltungsbureau Endenburg, Galberstr. 99, für:**  
Stadtteil Endenburg ohne Endendorfer Straße und ohne Leipziger Straße 45 bis 49c, jedoch einschließlich Leipziger Chaussee bis zum Lindenplan;  
Stadtteil Lemsdorf.
- Im Verwaltungsbureau Neustadt, Eingang Nikolaitr., für:**  
Stadtteil Neustadt nördlich der Straße zugehörig Völkherstraße — Höhenaufentzug — Kaiser-Otto-King ohne Post VI und ohne Am Gäwesi sowie ohne die im Einbürgerungsgebiet östlich der Eisenbahn Neustadt-Rothensee begebenen Straßen, jedoch einschließlich Kolonie Eisenwälder und des westlich der Neustadt-Rothenseer Eisenbahn parallel mit dieser laufenden Feldweges.
- Im Verwaltungsbureau Buckau, Schönebecker Str. 37, für:**  
Stadtteil Buckau einschließlich Endendorfer Straße und Leipziger Straße 45 bis 49c, Zwischenswerth 1a und Gartenstadt Hopfenparien.
- Im Verwaltungsbureau Rothensee, Aktienstraße 21, für:**  
Stadtteil Rothensee einschließlich der östlich der Eisenbahn begebenen Straßen des Einbürgerungsgebietes, jedoch ohne Gartenstadt Eisenwälder und dem westlich der Eisenbahn mit dieser parallel laufenden Feldweges.
- Im Verwaltungsbureau Cracau, Potsdamer Straße 6, für:**  
Stadtteil Cracau und Preßler.
- Im Verwaltungsbureau Südoß, Altfermerleben 34, für:**  
Stadtteil fermerleben, je ohne Gartenstadt Hopfenparien und ohne Leipziger Chaussee bis zum Lindenplan;  
Stadtteile Salbke und Westerhüsen.

Wer die Stimmlisten für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungszeit dem Magistrat schriftlich anzeigen oder an den vorhergehenden Stellen zur Niederschrift geben.

Zu der Wahl des Reichspräsidenten wurden die Stimmlisten von den Wahlen am 7. Dezember 1924 benutzt, nachdem sie auf den Stand vom 6. März 1925 berichtigt worden sind. Allen Personen, die nach dem 7. Dezember 1924 das zwanzigste Lebensjahr vollendet haben bzw. bis zum Wahltag noch vollenden werden oder die nach dem 7. Dezember 1924 ihre Wohnung gewechselt haben, wird dringend empfohlen, die Stimmlisten während der Auslegungszeit einzusehen, weil nur diejenigen abstimmen können, die in eine Stimmliste eingetragen sind oder einen Stimmschein haben.

### Zur Lohnbewegung der Bauarbeiter.

Vom Bauarbeiterbund wird uns geschrieben: In einer außerordentlich stark besuchten Versammlung nahmen am Montag abend die Mitglieder des Bauarbeiterbundes den Bericht über die Verhandlungen entgegen. Der Vorsitzende, Verbandskollege Julius Koch, zeigte in seinen Ausführungen die Schwierigkeiten, die in der Verhandlung von den Arbeitgebern gemacht wurden, und begründete die Stellung der Verhandlungskommission aus dem Bezirk Sachsen-Anhalt. Der Schiedsspruch war das Ergebnis langer Verhandlungen. Nach der Haltung der Arbeitgeber mußten sich bei der Verhandlung die Arbeitnehmer erklären, ob sie den Weg der Verständigung gehen wollten. Sie haben sich einstimmig dafür erklärt und somit dem Schiedsspruch Rechtstrast verliehen. Der Schiedsspruch lautet:

1. Es gilt folgende Lohnliste:

a) vom 12. März bis 1. April 1925	Lohnklasse: Magdeburg	1a	1	2	3	4	5
	Maurer	90	89	88	76	71	66
	Bauhilfsarbeiter	80	79	74	68	63	58
b) vom 2. April bis 13. Mai 1925	Lohnklasse: Magdeburg	1a	1	2	3	4	5
	Maurer	95	93	88	80	75	69
	Bauhilfsarbeiter	85	83	78	71	66	59
c) vom 14. Mai bis 8. Juli 1925	Lohnklasse: Magdeburg	1a	1	2	3	4	5
	Maurer	1,00	98	91	85	79	69
	Bauhilfsarbeiter	0,90	88	82	76	70	61

2. Dieses Lohnabkommen ist mit 14tägiger Frist erstmalig auf den 8. Juli 1925 kündbar. Falls nicht gekündigt, läuft es jeweils 4 Wochen weiter.

3. Aus diesem Lohnvertrag entstandene Wirtschaftskämpfe sind unzulässig abzubrechen.

In der Aussprache ließen einige Verbandskollegen, Steinerich an der Spitze, gegen den Schiedsspruch Sturm. Im Schlußwort konnte Kollege Koch die Einwendungen entkräften. Da keine Anträge in der Aussprache gestellt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Ganz aufgebracht war der Strategie Steinerich, als er merkte, daß seine Felle wegfielen. Mit ganzer Lungenkraft verlangte er Abstimmlung über den Schiedsspruch. Ein Teil der Versammlungsbefugter verließ das Lokal, der andere Teil versuchte, nach einer Abstimmung herbeizuführen. Obwohl es Steinerich und seinen Freunden bewußt war, daß an der Sache auch durch Abstimmung nichts zu ändern war, versuchten sie, zum Streike zu blasen. Dessen Weg konnte die Verwaltung nicht gehen. Der Vorsitzende wollte die Wege glätten, nahm nochmals die Leitung der Versammlung in die Hand und ließ abstimmen über

den Schiedsspruch. Eine große Minderheit war für Annahme, die Mehrheit lehnte den Schiedsspruch ab. Diese Abstimmung konnte nur die Stimmung der Versammlung widerspiegeln, und obwohl schon ein großer Teil die Versammlung verlassen hatte, wird Steinerich nicht behaupten wollen, daß er eine Dreiviertel-Mehrheit bekommen hat. Die Versammlung ging dann stürmisch auseinander.

Für den Bauarbeiterbund hat der Bezirk sich für die Unterwerfung unter den Schiedsspruch entschieden. Damit ist der Schiedsspruch für alle Bauarbeiter rechtsverbindlich.

### Flugblattverbreitung.

Am kommenden Sonntag soll die erste Flugblattverbreitung zur Reichspräsidentenwahl vorgenommen werden. Dazu bedarf es recht vieler Wahlhelfer. Je mehr sich zu der Arbeit zur Verfügung stellen, um so schneller wird diese erledigt werden. Deshalb treffen sich alle Wahlhelfer am Freitag abend in folgenden Lokalen:

- Westerhüsen bei Karl Schulze, Söhleener Straße.
- Salbke in der Kaiserhalle.
- Fermerleben bei Kurze.
- Buckau bei Bräutigam, Köthener Straße 3.
- Reform bei Paul Schreiber.
- Lemsdorf bei Heinrich Zohn, Wernigeröder Straße.
- Endenburg bei Fahrentamp, Kurfürstenstraße.
- Südoß bei Otto Genth, Ecke Blumenhainstraße und Otto-von-Guerickestraße.
- Nord bei Holz, Tischlerstraße.
- Wilhelmstadt bei Schulze, Friesenstraße.
- Alte Neustadt bei Winter, Rogauer Straße.
- Neue Neustadt im Wintergarten.
- Friedrichstadt-Werder im Drost.
- Deffauer Straße in „Graemanns Garten“.
- Cracau im „Ehgartner“.
- Rothensee bei Jenzich.

Genossen, Genossinnen und Wahlhelfer, stellt euch zeitlich zur Verfügung! Helft bei der Wahlarbeit!

### Bei den Totengräbern.

Die Schiffe der Schutzpolizei in der Kommunisten-Versammlung in Halle, die zehn Arbeiter das Leben nahmen, werden zum Ausgangspunkt und Endpunkt der kommunistischen Wabstimmung gemacht. Ernst Thälmann reist im Land umher, mit ihm ein „Augenzeuge“ aus Halle und ein „Ausländer“, um den Arbeitern zu sagen, daß einzig und allein die Kommunisten dafür sorgen können, daß solche Dinge nicht wieder passieren.

Die Schiffe von Halle haben auch manchen Arbeiter, der sich enttäuscht und ermüdet durch die kommunistische Verleumdungsaufregung aus der politischen Arena zurückgezogen hatte, aufgegriffen. Er will sich informieren, was die Ursachen des blutigen Zwischenfalles waren und noch einmal hören, was die Männer am Rednerpult für Wege weisen werden, und geht in die Versammlung. Andre leitet die Curierung über das Blutvergießen, und wieder andre folgen der Senfation, die Thälmann durch die halbesche Vorformung geworden ist. Mit den unermüdeten Anhängern der Kommunisten füllen sie die Versammlungen. So wird die Unüberlegtheit eines nervösen Polizeioffiziers, unterstützt durch die Verantwortungslosigkeit der Parteileitung, zur Wabstimmung für den kommunistischen Kandidaten.

Auch die Versammlung der Moskauer am Montag in Magdeburg hatte auf diese Weise guten Besuch aufzuweisen. Was hatten nun die großen kommunistischen Führer den Aufsehenden, den Unentschiedenen und den Neugierigen zu sagen? Letztere werden kaum auf ihre Rechnung gekommen sein. Der Augenzeuge Krieger aus Halle legt die Ereignisse dar, im großen und ganzen so, wie sie aus der Presse bekannt sind. Dann kommt er auf die Schlußfrage zu sprechen. Kein Wort hört man darüber, daß die halbesche Parteileitung der kommunistischen Partei die mit der Polizei getroffenen Abmachungen nicht eingehalten hat, kaum eines darüber, daß die todbringenden Schüsse ausgelöst worden sind durch den deutschen Nationalen Offizier. Alle Schmid steht bei den Sozialdemokraten! Der Hauptkandidat ist nach Meinung des Redners der Polizeipräsident Runge. Daß dieser zur Zeit des Unfalls in Berlin weilte, bestreitet er, es würde ja nicht in die Hände hineinspielen. Severing und Gering sind ebenfalls schuldig, und der sozialdemokratische Regierungspräsident Grünert in Merseburg, der genaue Untersuchung der Vorgänge anordnete hat, bekommt erst recht seinen Teil von den kommunistischen Lebenswürdigkeiten ab.

Die Menge im Saal, aufgeregter und empört, gibt ihre Stimmung durch Rufe und Weisfall kund. Viele sitzen aber doch dabei mit nachdenklichem Gesicht. Das sind dieselben Töne wie früher schon, und daß nun ausgerechnet die Sozialdemokraten die Verantwortlichen sein sollen für die Ereignisse in Halle, das will ihnen nicht einleuchten.

Noch warten wir ab, was die andern Redner sagen; sie können ja am Ende doch noch einen Weg weisen, der die bedrückten deutschen Arbeiter aus der Not ihrer Tage herausführt, der mit den offenen und verheerenden Wunden der Reaktion aufräumt. Der Engländer, der als nächster spricht, schämt sich über die Komunisten und macht die Sozialdemokraten für die Korruptionsskandale verantwortlich. Darin liegt ebenfalls nichts Positives. Es bleibt als letzte Hoffnung Thälmann selber. Er tritt ans Pult. Aus den politischen Ereignissen der Vergangenheit sucht er Stoff. Schwarzrot, das ist der offene Gegner des Proletariats, die Anhänger dieser Farben sind ehrliche Feinde. Aber Schwarzrot! Unter diesen Farben sammeln sich die „Verdräter“, die Henker und Schergen des Proletariats. Diese Farben müssen bekämpft werden, sie gilt es zu vernichten. Und was dann? Einfach ist das Rezept des „roten“ Kandidaten. Seht nach Ausland, dort ist das Ideal für uns, dort geht es den Arbeitern gut, dort regieren sie und sind frei von der Lohnschneiderei des Kapitals.

Ein schönes Bild, aber ein Film! Wenn die Rolle abgelaufen ist, harzt uns die weiße Wand entgegen. Kalt und leer ist für den deutschen Arbeiter Rußland. Er muß im deutschen Reich leben und für Deutschland sorgen. Und was sagt der Mann am Pult über Deutschland? Vom norddeutschen Mittelstand spricht er und von den armen Kleinbauern. Verdunstet fast sich der Arbeiter an den Kopf; ja, stellten denn nicht immer gerade jene Kreise die Hauptwähler für die Völkischen und die Deutschnationalen? Fragen, Fragen, nichts als Fragen bleiben beim denkenden Zuhörer offen. Noch einmal ein Hinweis auf Rußland und dann tritt er ab, der „einzigste“ Kandidat des Proletariats, der Deutschland zur Freiheit führen will.

Sauber, der Münchner Räterepublikaner, Ehrenmitglied des Magdeburger Roten Frontkämpferbundes, tritt hervor. Was weiß er zu sagen? Verrat der Sozialdemokraten, Verrat der Arbeit, Risse, Scheidemann, Kampf dem Schwarzrotgold, hat der Sozialdemokratie. Die internationale Räterepublik bringt auch die Befreiung.

Ein Lied erklingt, Begeisterung flammert auf, verrauscht und wird zur qualenden Frage: Was wird werden? Einen Weg zu suchen waren die Menschen gekommen. Da standen Männer auf der Bühne und bewegten im wilden Gausel die Gedanken. Durch Haß und Scham und Kampfeswille führte man sie. Niedrig blieb zum Schluß ein vieres Gefühl der Enttäuschung. Es wird auch nach der Wahl vorhanden sein. Die demokratischen Führer, voran der Präsidialkandidat Thälmann, werden mit ihrer abernen und gemeinen Agitation gegen die Sozialdemokratie die Arbeiterchaft nicht irreführen. Der gesunde Instinkt der Massen führt sie zurück zur aufbauenden politischen Arbeit für die Sache des Proletariats, die in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften geleistet wird.

### Beratungsstellen für Geschlechtskranke.

Beratungsstellen für Geschlechtskranke sind zum Zwecke der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die während des Krieges im Heere und später auch in der Zivilbevölkerung eine erhebliche Verbreitung erfahren haben, eingerichtet worden. Die Aufgabe der Beratungsstellen war zunächst die ärztliche Untersuchung aller aus dem Heeresdienst entlassenen Militärpersonen, die während ihrer Dienstzeit an einer Geschlechtskrankheit gelitten hatten. In Erweiterung dieser ersten Aufgabe sind die Beratungsstellen aber auch der gesamten Bevölkerung zugänglich gemacht worden.

Beratungsstellen gibt es in Dessau, Eisenach, Erfurt, Halberstadt, Halle a. S., Magdeburg, Mühlhausen i. Th., Naumburg a. d. S., Nordhausen, Schleusingen, Stendal und vielen anderen Orten. Leiter der Beratungsstellen ist in der Regel ein Facharzt.

Jeder hat das Recht, die Beratungsstellen freiwillig und unentgeltlich in Anspruch zu nehmen, sich gewissermaßen selbst zu melden. Die Krankenkassen melden der Beratungsstelle bei ihnen verbriefte Geschlechtskranke, von denen sie Kenntnis bekommen. Erwünscht sind aber besonders auch Meldungen von den Ärzten selbst. Geschlechtskranke Privatpatienten, die den ärztlichen Anordnungen gewissenhaft Folge leisten und sich den notwendigen Nachuntersuchungen unterziehen, bleiben in der Fürsorge ihres Arztes.

Besonders wichtig für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist die Ermittlung der Infektionsquelle. Es ist daher für die Leiter der Beratungsstellen und für die behandelnden Ärzte eine besondere Pflicht, nach Möglichkeit festzustellen, von wem der Kranke angesteckt worden ist, und mit Einwilligung des Kranken, der Ansteckungsherd der Landesbehörde mitzuteilen, damit auch dieser Kranke der Behandlung zugeführt werden kann.

Im Einverständnis mit dem Generalstaatsanwalt in Naumburg a. d. S. melden außerdem die Gerichtsärzte alle geschlechtskranken Gefangenen, damit diese nach der Entlassung ebenfalls in Fürsorge genommen werden können.

Gemeindekranken werden von der Beratungsstelle in un-auffälliger Weise mittels geschlossener Briefe (ohne Aufdruck auf dem Umschlag) zum Zwecke der Untersuchung eingeladen. Befinden sie sich zur selben Zeit wegen Lebens in ärztlicher Behandlung, so ist ihre Erscheinung nicht erforderlich, aber die Einstellung einer kurzen ärztlichen Besichtigung darüber notwendig. In diesem Falle werden sie dann erst nach einer gewissen Frist wieder eingeladen. Erscheint ein Eingeladener nicht und bringt auch nicht den Nachweis, daß er sich zurzeit in ärztlicher Behandlung befindet, so wird er der zuständigen Landesbehörde gemeldet, die das Weitere veranlaßt. Ergibt die ärztliche Untersuchung nicht die Notwendigkeit einer Behandlung und weiteren ärztlichen Beobachtung, so befaßt sich die Beratungsstelle nicht mehr mit diesem Fall.

Jeder, der nicht berichtet ist und dessen soziale Lage Behandlung auf eigene Kosten zuläßt, wird dem von ihm selbst gemeldet. Arzt überwiesen.

Ist Krankenhausbehandlung notwendig, erfolgt Überweisung dorthin. Jede Überweisung eines Behandlungsbedürftigen an eine Krankenkasse, Sonderanstalt oder an einen Arzt enthält einen genauen Untersuchungsbefund. Die Ärzte müssen der Beratungsstelle mitteilen, ob der Überwiesene sich tatsächlich der Behandlung unterzogen und sie bis zu Ende durchgeführt hat.

Weist ein Erkrankter ohne Genehmigung des Arztes aus der Behandlung fort, so ist dies sofort der Beratungsstelle, die den Fall überwacht hat, mitzuteilen, damit nach der Verordnung der Reichsregierung vom 11. Dezember 1918 ebl. eine zwangsweise Behandlung veranlaßt werden kann. Jeder in ärztliche Behandlung Überwiesene wird ungefähr zwei Monate nach Beendigung der ersten Kur wiederum von der Beratungsstelle eingeladen und nachuntersucht, sofern nicht der behandelnde Arzt ausdrücklich erklärt, daß er die weitere Kontrolle selbst übernimmt. Ergibt die Nachuntersuchung wiederum Zeichen einer Geschlechtskrankheit, so wird der Kranke unter denselben Bedingungen wie früher wiederum in ärztliche Behandlung überwiesen so lange, bis eine völlige Ausheilung erzielt ist.

Besonders zu beachten ist, daß die Landesbehörde gemeldet, die die Behandlungskosten grundsätzlich nur dann übernimmt, wenn die Behandlung durch eine ihrer Beratungsstellen oder durch sie selbst eingeleitet worden ist.

Wenn ein in Fürsorge befindlicher seinen Wohnort wechselt und in den Bereich einer andern Beratungsstelle berzieht, so wird die Fürsorge dort freigelegt.



**Bezahlung der Holzkaufsteuer.** Einer Verfügung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten...  
**Weihefunde für Schulklassen im Stadttheater.** Auch in diesem Jahre veranlaßt der Bund der freien Schulgehilfen...

**Der Kampf gegen die Schundliteratur.** Auf eine kleine Anfrage im Preussischen Landtag, ob dem preussischen Innenministerium...

**Uetzliche Fortbildungskurse auf dem Gebiete der Leibesübungen.** Auch für dieses Jahr sind zwei Fortbildungskurse...

**Zeugen gesucht.** Am 9. d. M., um 11 Uhr vormittags, hat ein Herr beim Bezahler von Steuern im Finanzamt, Sternstraße 12...

**Wegen Münzverbrechen.** (Scherzartikel) Ein Herr, der sich in der letzten Zeit einer größeren Anzahl dieser Scherzartikel bei Straßenschaudern und Straßenbahnwaggonen veranlagte...

**Ueberwachung des Lotteriemarktes.** Um der zunehmenden Ueberwachungsmaßnahme des Lotteriemarktes mit Vorzügen und Auspflanzungen zu steuern...

**Zentralübertragung in Gesellschaftsalternativen.** Die der Amtliche Preussische Pressedienst... einem Erlaß des preussischen Kultusministeriums...

**Entwertungsklausel bei der Reichsmark.** Seit Einführung der neuen Reichsmarkwährung sind Zweifel aufgeklart, ob die in der letzten Zeit aufgeklaute übliche Entwertungsklausel...

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.** Donnerstag den 19. März, abends 6 1/2 Uhr, findet bei Mittelsfeld die Vertrauensmänner-Sitzung...

**Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.** Abteilung Altstadt und Mittelstadt stellt am Mittwoch in der Solmann-Vereinung...

**Theater, Konzerte, Vorträge etc.** Magdeburger Frauenverein, „Wahnsinnigenfürsorge“, Abendvortrag über „Schwangerschafts- und Geburtshilfe“...

**Sozialdemokratische Partei**  
Bezirk Wilhelmstadt. Heute Dienstag den 17. März, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Schulz, Friedenstraße 52.  
Bezirk Dessauer Straße. Heute Dienstag den 17. März, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in Graubauers Garten.  
Bezirk G. a. c. m. Am Donnerstag den 19. März, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Vogelzug“.

**Aus der Jugendbewegung.**  
Arbeiter-Jugendbund Magdeburg.  
Bureaustunden Freitag von 5 bis 7 Uhr im Jugendsekretariat Große Ringstraße 3.  
Genossinnen und Genossen!

Der Wahlkampf um den Reichspräsidenten ist eröffnet. In der Wahl des ersten Reichspräsidenten gelobten wir, treu zu seiner Sache zu stehen...

**Für Otto Braun!**  
Kassierer: Beiträge für Januar müssen noch abrechnen: Neue Neustadt, Altstadt, Mittelstadt Süd, Sudau, Ferner müssen folgende Gruppen für persönliche Abfertigungen der Karten für die Lotterieveranstaltung: Sudau 4 Mk., Mittelstadt Nord 4 Mk., Alte Neustadt 1 Mk. und Sudau 2 1/2 Mk.  
Sudau: Dienstag den 17. März Lichtbilder-Vortrag über den Herz im Zeichen der Besetzung der Volksschule. Freunde und Gönner der Jugend sind eingeladen.  
Ferner erleben: Mittwoch 5 Uhr in der Schule Vortrag. Gäste willkommen.  
Spielgruppe: Mittwoch pünktlich 8 Uhr, Fränkisch-Jugendheim: Pausen aus deutscher Romanik.  
Wo haben unsere Mitglieder ihren Bedarf? Bei der Biene, Jakobstraße 44.

**Kleine Chronik.**  
Eine Verbrecherkolonne verhaftet. Eine Berlin-Stettiner Gelbdruck- und Zuckereinkaufs-Kolonne wurde mit ihren Helfershelfern von der Berliner Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel gebracht.  
Todesfälle infolge Trichinose. Die Sanitätsbehörden von Jannsdorf erließen kürzlich Warnungen an die Bevölkerung...

**Wagen. Als die Polizei Kolzin und Waldhubel in der Christstrasse festnahm, fand sie u. a. einen Brief aus Stettin, der lautete: „Kommt nach hier, wir werden Euch Pulver schicken.“**

**Folgeschwere Revolverdiebstahl.** Wie die „Städtische Zeitung“ aus Düsseldorf meldet, kam es dort bei der Festnahme eines Verbrechers zu einer folgenschweren Revolverdiebstahl...

**Verhaftung einer Falschmünzergilde.** In der Nacht zum Sonntag wurde von der hiesigen Polizei in Stillingen und Umgebung eine aus sieben Personen bestehende Falschmünzergilde verhaftet...

**Ueberreicher Kinderlegen.** Ein nicht alltägliches Ereignis wird uns aus Dessau gemeldet. Dort ist dieser Tage die 47jährige Frau des Arbeiters B. von ihrem 27. Kinde, einem gesunden Knaben, entbunden worden.

**Flug über den höchsten Berg Periens.** Der schwedische Flugzeugführer Mittelholzer, der den Flug von Zürich nach Teheran in 40 Stunden reiner Flugzeit zurücklegte, hat dieser Tage als erster Flieger den Demawend, den höchsten Berg Periens, überflogen.

**Bau einer neuen Hauptstadt von Brasilien?** Regierung und Presse von Brasilien beschäftigen sich eifrig mit den Plänen für den Bau einer neuen Bundeshauptstadt auf der Hochebene von Goyaz.

**Trichinose.** Die Sanitätsbehörden von Jannsdorf erließen kürzlich Warnungen an die Bevölkerung, sich vor dem Genuß ungekochter Schweinefleisch, in welcher Form es immer in den Handel gelangt, zu hüten...

(Schluß des redaktionellen Teiles.)  
**Drill in Paris, auf zu Promon, Blumauer 29.**

**MAGGI Würze ist einzig in Qualität, Ausgiebigkeit und deshalb Billigkeit.**  
Man verlange ausdrücklich MAGGI Würze.  
Vorteilhaftes'er Bezug in grossen Originalflaschen zu 6 R.-M.  
Man achte auf unversehrten Plombenverschluss.  
„MAGGI's gute, sparsame Küche“



# Nachrichten aus der Provinz.

## Gaulkonferenz der Landarbeiter.

Der Landarbeiterverband hielt am Sonntag in der „Reichshalle“ zu Magdeburg eine staufr besuchte Gaulkonferenz ab. Gauleiter Landtagsabgeordneter Brandenburg gedachte in seinen Worten des verstorbenen Reichspräsidenten Hert, der einer der Gründer des Landarbeiterverbandes gewesen ist und die große Bedeutung der Landarbeiterbewegung erkannt hatte. Gleich ist er ein Förderer der Interessen der Landarbeiterschaft gewesen.

Gauleiter Brandenburg betonte dann in seinen Ausführungen, daß es sowohl für die Organisation als auch für jeden Landarbeiter dringend notwendig ist, daß er sich nicht nur mit Organisations-, Agitations- oder Vorkämpferbeschäftigung, sondern auch mit Landwirtschaftslehre und mit volkswirtschaftlichen Dingen. Und das ist gerade das Problem der Produktionssteigerung, das jetzt im Vordergrund der Erörterungen steht. Gerade die Produktionssteigerung in der Landwirtschaft ist im volkswirtschaftlichen und auch im Arbeiterinteresse dringend notwendig. Wir müssen unsere Ernährung vom Ausland möglichst unabhängig machen und uns bessere Lebensbedingungen erringen. Darum müssen die Landarbeiter die Mittel und Wege untersuchen, wie sie an der Steigerung der Produktion mitarbeiten und wie sie die Schäden verhindern oder herabmindern können, die durch die Produktionssteigerung den Arbeitern entstehen könnten.

Dazu zeigten die beiden Referenten Professor Dr. Sedow von der Hochschule in Göttingen und Regierungsrat Ingenieur Woldi vom Volksbildungsministerium in Berlin die Wege in vorzüglichen Darlegungen über die Vervollkommnung der Landarbeit, die Vorteile und Nachteile des Lohnsystems und über andere Gebiete der Landarbeit. (Wir werden in einem besonderen Artikel diese Fragen in der nächsten Nummer der „Volksstimme“ behandeln.)

Das Verbandsvorstandsmittglied Kwasnik (Berlin) wies im Anschluß an diese Referate nachdrücklich darauf hin, daß eine Hauptaufgabe des Verbandes auch die Förderung der Bildungsbestrebungen der Landbevölkerung sein muß. In die ländliche Volksschule gehört ein Arbeitsunterricht in Beziehung zur Landwirtschaft. Die Naturerkenntnis muß auch viel mehr gefördert werden. Mit den Landbüchern ist ein Schulgarten zu verbinden. Dann ist dem Fortbildungswesen und Fachschulwesen auf dem Lande viel mehr Beachtung zu schenken. Die Förderung der Arbeitswissenschaft in der Landwirtschaft ist eine dringende Notwendigkeit.

Es ist ein großer Fehler der Unternehmer, daß sie die Betriebsvertretung, die Betriebsräte nicht beachten. So mancher Fortschritt im Betrieb könnte erreicht werden, wenn die Unternehmer statt den Arbeitern zu befehlen sich von ihnen beraten ließen. Auch in die Landwirtschaftsämtern gehören die Landarbeiter hinein.

Die Konferenz beschäftigte sich dann noch mit organisatorischen und agitatorischen Maßnahmen und mit dem Bericht über die Lohnverhandlungen.

Der erste Versuch, die Landarbeiter für die Förderung der Arbeitswissenschaft in der Landwirtschaft zu gewinnen und das Interesse für eine durchgreifende Bildungsarbeit und berufliche Schulung der Arbeiterschaft zu wecken, ist glänzend gelungen. Der Landarbeiterverband wird im Verlauf dieser Bestrebungen Erfolge zu verzeichnen haben, die sich auch auf die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Landarbeiterschaft auswirken werden.

## Kredite für den landwirtschaftlichen Kleinbetrieb.

Das Reichslandwirtschaftsministerium hat vor einiger Zeit zur Verbilligung landwirtschaftlicher Kraftgeräte eine Kreditaktion in die Wege geleitet, die jedoch zunächst nur Kraftgeräten mit einer Pferdestärke zwischen 20 und 32 PS zugute kommt. In einer kleinen Anfrage im Preussischen Landtag wurde das Staatsministerium ersucht, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß mit Rücksicht auf die Eigenart der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe der Kredit auch für die Beschaffung kleinerer und schwächerer Kraftgeräte gewährt werden solle.

Wie der „Amtliche Preussische Pressebericht“ der Antwort des preussischen Landwirtschaftsministers entnimmt, wird diese Frage einer Ausdehnung der Kreditaktion bereits seit längerer Zeit geprüft und als wünschenswert bezeichnet, sobald die erforderlichen Gelder hierfür flüssig gemacht werden können und die übrigen Voraussetzungen für eine solche Aktion sich als gegeben erweisen. Es wird Zeit, daß nicht mehr lange geprüft und beraten, sondern endlich gehandelt wird.

## Der Arbeitsmarkt im Februar.

Das Landesarbeitsamt berichtet: Die Arbeitsmarktlage, die seit Anfang November sich fortschreitend verschlechtert hatte, erfuhr zum ersten Male wieder eine Besserung. Das milde Wetter weckte besonders frühzeitig den Bedarf nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften, regte zur Aufnahme der Bautätigkeit an und begünstigte die Arbeiten in den Außenberufen. Entsprechend wirkten weiter stärkere Anforderungen der chemischen Industrie, und ebenso tätigte die Metall- und Maschinenindustrie, wenn auch ihre Lage eine völlige Klärung noch nicht erfuhr, größere Einstellungen. In einer Reihe von Berufen, besonders im Schneidgewerbe, wurde die nach dem Weihnachtseffekt übliche Geschäftstillung überwunden, und für Angestellte des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes mehrten sich die offenen Stellen. Wie in den Vormonaten blieb die Lage des Spinnstoff-, Holz- und Schnitzstoffgewerbes, der Papierindustrie und des Veredelungsgewerbes im allgemeinen günstig.

Auffallend blieb demgegenüber der Rückgang im Braunkohlenbergbau, der unter Abschaltungen litt und zumal zu Beginn des März zum Teil Verwinderungen seiner Belegschaften erlitt. Auch Konfektfabriken sowie die Tabakindustrie ließen Arbeitskräfte ab. Die Lage der Schuhindustrie und der Lederindustrie blieb ungünstig und schwankend. Im Zusammenhang mit weiteren Betriebsumstellungen erfolgten bei der Reichsbahn erneut stärkere Entlassungen und Kündigungen.

Die sich gleichwohl im ganzen geltend machende Besserung der Arbeitsmarktlage kommt auch in der Statistik der öffentlichen Arbeitsnachweise zum Ausdruck. Der Neuzugang von Arbeitsuchenden belief sich im Berichtsmonat auf 29 211 gegen 36 745 im Monat Januar. Offene Stellen wurden 26 875 (23 327) gemeldet und hiervon 24 175 (21 585) besetzt. Ende Februar waren noch 13 374 Arbeitsuchende und 3085 offene Stellen vorgemerkt. (Ende des Vormonats 57 955 bzw. 2140.)

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in der Provinz Sachsen und im Freistaat Anhalt ging von 36 060 am 1. Februar auf 32 965 am 1. März zurück. Hiervon entfielen auf die Regierungsbezirke Magdeburg 15 253 (13 641), Merseburg 11 591 (12 816), Erfurt 4393 (4862) und den Freistaat Anhalt 3718 (4741).

## Kreis Wangleben.

**Groß-Ottersleben.** Die Auszahlung der Sozialrenten erfolgt am Donnerstag den 19. März von 2 bis 3 Uhr nachmittags in der Mädchenschule.

**Klein-Ottersleben.** Die Parteifunktionäre hatten am Sonntagabend zur Vorbereitung der politischen Lage zusammengekommen. Dem verstorbenen Reichspräsidenten wurde ein von Herzen kommender Nachruf gewidmet. Das deutsche Volk ist vor eine wichtige Entscheidung über die Person des Reichspräsidenten gestellt. Die ganze republikanische Einwohnerchaft muß am 28. März ihre Stimme dem Genossen Otto Braun geben. Die Wahlarbeit erfordert viel Mitarbeiter. Die Parteigenossen werden ersucht, sich dem Genossen Sachmann zur Verfügung zu stellen.

**Wangleben.** Das Wahlresultat wird am Wahlabend im Lokal von Schöpe bekanntgegeben; auch werden dem Tag entsprechende musikalische und andere Darbietungen geboten. — Die Fortbildungsarbeit der Kommunisten greift jetzt auch auf die hiesige weltliche Schule über. Das ist ein Trauerspiel. Diese Leute versuchen mit aller Gewalt, ihre Moskauer Inspirationen auch in den Lehrkörper der weltlichen Schule hineinzubringen. Durch die ihnen zugeführte Anstellung eines kommunistischen Lehrers an der weltlichen Schule glaubten sie schon am Ziele zu sein. Da aber die Machenschaften dieses Lehrers von der Schulaufsichtsbehörde nicht gebilligt wurden, muß nun der kommunistische Lehrer wieder gehen. Die Kommunisten wollen nun ihre Kinder aus der weltlichen Schule nehmen, weil sie nun ihre Parteiuppe in der Schule nicht mehr fördern können. Sie wollen also eine freigeistige Erziehung, um die die Arbeiterschaft jahrelang gekämpft hat, aus der Schule der Reaktion wieder ausliefern, wie sie ja überall der Reaktion in den Sattel helfen. Die Fortbildung der weltlichen Schule durch die Kommunisten muß verhindert werden. Eine reinliche Scheidung in der weltlichen Schule wird dann der Schule ein erneutes Entsetzliches bringen. — Ein Wohlthätigkeitskonzert zum Westen bedürftiger Konfirmanden findet am Sonntag den 21. März im Lokal von Schöpe statt. Dabei wirken mit: der Arbeiter-Gesangverein Wangleben, die Damen-Gesangvereine Groß-Ottersleben und Frankeim Abrecht am Magdeburger (Gopon); am Klavier Kapellmeister W. Neuling (Magdeburg). Geboten wird ein gediegenes reichhaltiges Programm. Die Einwohnerchaft wird gebeten, zu erscheinen, damit den armen Konfirmanden eine Freude gemacht werden kann.

**Diebhorn.** Das Wohlthätigkeitskonzert, das vom Sportklub zugunsten der Arbeiterfamillienkolonne veranstaltet wurde, hätte im Interesse der Sache besser besucht sein können. Die Arbeiterfamillienkolonne befindet sich noch in der Entwicklung und bedarf deshalb noch der finanziellen Hilfe. Vom Bezirksvorsitzenden, Genossen Kiepeck (Magdeburg), wurden die Aufgaben der Arbeiterfamillienkolonne sowie die öffentliche Bedeutung dieser Bewegung geschildert. Die Anwesenden lobten die Ausführungen mit reichem Beifall. Die vom Musik- und Theaterverein sowie vom Männer- und Frauengesangverein vorgebrachten Musik- und Gesangsvorträge fanden reichem Beifall. Das trifft auch zu für die Vorkämpfer der Turn- und Kraftsportabteilung der Arbeiterfamillienkolonne. Es ist dringend notwendig, daß die Arbeiterfamillienkolonne im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung tatkräftig unterstützt wird.

**Eigertleben.** Zusammenkunft der Arbeiter-sportler. Ein schon lange gehegter Wunsch der hiesigen Arbeitersportler, die beiden Arbeiter-sportvereine, die Freie Turnerschaft und den Sportverein, zu verschmelzen, ist in Erfüllung gegangen. Der neugegründete Verein wird unter dem Namen Freie Turner- und Sportvereingung Eigertleben eingetragten. Der einstimmig gewählte Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden K. Regel, Kassierer H. Wobser, Schriftführer R. Komerswantele, Revisoren H. Mausolf und W. Lange, Gerätewart E. Mausolf und O. Schröder. Wir erwarten nun von den Mitgliedern, daß die Turn- und Spielabende regelmäßig und eifrig besucht werden. — Durch die große Arbeitslosigkeit, welche in unserm Orte herrscht, gehen die Unternehmer so rücksichtslos vor, daß man sich in die Zeit des Sozialistengesetzes versetzt glaubt. Tragt ein Arbeiter bei einem Besitzer um Arbeit an, dann sagt es: Sind Sie im Stahlhelm oder wollen Sie beitreten? Wenn nicht, dann gibt es keine Arbeit. So werden viele Arbeiter durch die Unternehmer gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, aber hundert Polen werden hier beschäftigt. Wir warnen den Stahlhelmspüßling und den früheren Arbeiter und heiligen Anpöcker, die Arbeiter zu provozieren. Dieser Anpöcker hat es fertiggebracht, einen Arbeiter zu entlassen, weil dieser bei der Bestatung des verstorbenen Reichspräsidenten die Bierstunde Arbeitspause eingehalten hat.

**Wangleben.** Der Sozialdemokratische Verein hielt dieser Tage seine Monatsversammlung ab. Genosse Köhler leitete gedachte des verstorbenen Reichspräsidenten mit einigen herzlichen Worten, die die Versammlung tiefend anrührte. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Aus dem Jahresbericht war zu ersehen, daß die Ortsgruppe wieder erfreuliche Fortschritte macht, trotz aller rassistischen Einwirkungen. Organisatorische und agitatorische Fragen wurden behandelt. Es wurden wieder 16 neue Mitglieder aufgenommen. — Die „vaterländischen“ Verbände machen bei uns wie Pilze aus der Erde. „Stahlhelm“, „Jungdo“, „Schweizerbund“, „Lützenbund“ und wie sie alle heißen. Es fehlen noch: „Berwolf“, „Mildebund“, „Schwarzrot“, „Augusta-Viktoria-Bund“, „Lützenbund“, „Deutscher Reichsbund“ und ein „Bund zum Schutze der Erzberger- und Rathenauerwörter“ usw. Vielleicht finden sich auch hierfür bald tüchtige Männer und Frauen, um ihren nationalen Eifer zu stillen. Dieser Tage hat der „Lützenbund“ hier das Licht der Welt erblickt. Frau Rittergutsbesitzer Schaeper hat das Kind aus der Taufe gehoben und ergabte ihren Gläubigen von der nationalen Volksgemeinschaft. Das wagen jene Herrschaften zu sagen, die für eine wahre Volksgemeinschaft wirklich nicht allzuviel getan haben. Ehe diese Leute um Schaeper und Söhne von Volksgemeinschaft sprechen, sollten sie zunächst ihren Arbeitern, die für einen Jammerlohn Frontdienste leisten müssen, deren Familien insofern Not leiden, bessere Erziehungsmöglichkeiten bieten. Es ist bedauerlich, daß viele schon wieder vergessen haben, daß gerade die „nationalen“ Kreise, die jetzt von Volksgemeinschaft reden, das Volk ins Unheil gestürzt haben. Die Taktik: haiter den Dieb! Den Vorgefallenen wäre es wahrhaftig zu wünschen, daß sie durch Schäden flug würden.

## Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

**Wangleben.** Landarbeiterversammlung. Die „Arbeiterfreundlichkeit“ die hiesigen Bauern sind, schilderte der Kreisleiter des Landarbeiterverbandes, Kaskotte, in einer Landarbeiter-versammlung. Große Empörung herrschte in der Versammlung über das Verhalten der Bauernvertreter bei den Lohnverhandlungen. Nicht einen Pfennig können die Herren geben für ihre Arbeiter, aber für andere Dinge werfen sie das Geld mit voller Händen hinaus. Nach Ansicht der Arbeitgebervertreter sind die Bauern durch Steuern so sehr überlastet, daß sie jeden Augenblick unter der Last zusammenbrechen können. Schuld an der „Verarmung“ der Bauern seien die Sozialdemokraten, denn diese hätten das deutsche Volkvermögen an das Ausland veräußert. Kaskotte wies darauf hin, daß die Unternehmer sich diese Freiheit nur deshalb erlauben können, weil ein großer Teil der Landarbeiter den Besitzern Handlungsdienste leistet. Bis auf die letzte Frau und den letzten Mann muß sich das Landproletariat in dem Deutschen Landarbeiterverband zusammenschließen, nur dann ist es möglich, die Agrarier dazu zu zwingen, ihre Arbeiterinnen und Arbeiter menschlích zu entlohnen und zu behandeln. Durch starken Beifall gaben die Versammelten ihre Zustimmung zu dem Referat kund. Dann sprach der Vorsitzende des Ortsausschusses, Dobbertau, über die wirtschaftliche und politische Lage. Wir dürfen nicht vergessen, daß fast das ganze Agrarierum der Deutschnationalen Volkspartei angehört und diese Partei es sich zum Ziele gesetzt hat, mit Hilfe des Stahlhelms und des Lützenbundes die Republik zu beseitigen und die Monarchie wieder aufzurichten. Zur Verwirklichung dieses Zieles ist den Agrariern kein Mittel zu schlecht; und schläft das Landproletariat weiter, dann ist zu befürchten, daß über kurz oder lang die Drohnen der Gesellschaft über die fleißigen Arbeiter triumphieren. Denkt zurück, Landarbeiter und -arbeiterinnen, an die Vorkriegszeit, wo ihr unter der Befindordnung ein Sklavenbasen führen mußte. Besonders ihr Frauen, die ihr in der Sonnenhitze vom frühen Morgen bis in die späte Nacht für lumpige Pfennige für die, jeder Arbeit aus dem Wege gehende Gesellschaft schufteten müßt. Ihr schindet euch ab, die Frauen der Besitzer hinter der Gardine oder im Schatten der Laube sitzen.

um sich ja von der Sonne ihr ehles Antlitz nicht verbrennen zu lassen. Ihr habt kaum so viel, um euch warme Kleider bei der Frühjahrsarbeit anzuschaffen, und die hiesigen Bauern verankalten Postämter, wozu Magdeburger Bedienung herangeholt wird. Völlerei und Schlemmerei bei den Besitzenden, bei den Nichtstunern, Rot und Glend bei den fleißigen Arbeitenden, das ist die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die nur von der Sozialdemokratischen Partei bekämpft wird. Hieraus ergibt sich die zwingende Notwendigkeit für die gesamte werktätige Bevölkerung, sich politisch in der Sozialdemokratischen Partei und wirtschaftlich in freien Verbänden zusammenzuschließen. Nur so kann dem Hungererleben der besten Klasse ein Ende bereitet werden. Schwere Zeiten stehen uns bevor. Am 28. März schon können wir Hoyerchau abhalten. In diesem Tage hat sich die Bevölkerung für Republik oder Monarchie zu entscheiden. Pflicht der werktätigen Bevölkerung ist es, den Sozialdemokraten Otto Braun zu wählen; die Monarchisten müssen an diesem Tage vernichtend geslagen werden. Der Beifall, der den Ausführungen des Genossen Dobbertau folgte, bewies, daß die Versammlung ein Erfolg für den Deutschen Landarbeiterverband und auch für die Sozialdemokratische Partei war. Landarbeitertarife können bei Wilhelm Herrmann abgeholt werden. Auskunft in allen Fragen erteilt der Vorsitzende des Ortsausschusses, Genosse Dobbertau. Zur Anregung Biertrinken wurde beschlossen, eine Agitation für den Landarbeiterverband zu veranstalten. Bezirker soll sofort geschehen. Zum Ortsgruppenleiter wurde Hermann Schmidt gewählt.

**Groß-Ammensleben.** Frauenversammlung. Die Frauen sind zu einer Versammlung am Mittwoch den 18. März, abends 8 Uhr, bei Genosse Wernick eingeladen. Genosse Wernick hält seinen zweiten Vortrag. Im Anschluß daran Unterhaltung.

**Merseburgerleben.** Öffentliche Wählerversammlung am Freitag den 20. März, abends 8 Uhr. Genosse Feldmann (Neuhaldensleben) wird sprechen.

**Neuhaldensleben.** Die Sitzung des Ortsausschusses war von 27 Vertretern besucht. Vom Genossen Feldmann wurde mitgeteilt, daß dem Antrage auf Herabsetzung der Sühnung für das Gewerbe- und Kaufmannsgericht nach dem Vorschlage des Ortsausschusses entsprochen sei. Wenn nur eine Vorschlagsliste, was zu erwarten sein dürfte, seitens der Arbeitnehmer eingereicht wird, findet eine Wahl nicht statt. Die Vorschläge für die Beisitzer sind bereits eingereicht, und zwar die Genossen Melzer, Schoof, Wahl und Falke aus Neuhaldensleben und die Genossen Lütke und der Obermaler August Kechmann aus Althaldensleben. Ein Schreiben des Arbeiter-Adio-Klubs wurde zur Kenntnis genommen. Mit dem Fabrikarbeiterverband, Zahlstelle Merseburger, sind Verhandlungen angeknüpft, auf Anschluß seiner im Bezirk des Ortsausschusses wohnenden Mitglieder. Das gleiche trifft zu für den Eisenarbeiterverband, Zahlstelle Fehlingen. Bekanntheit wurde, daß vom 1. Februar an die Landesversicherungsanstalt Zuschüsse in Höhe von drei Mark für notwendige Jahresspahn zahlt. Zur Kaiserfeier wurde beschlossen, Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten zu lassen und die Feier mit der Parteilosengruppe gemeinsam zu veranstalten. Es wurde eine Kommission, bestehend aus den Genossen Pajemann, Werner, Falke, Lindemann und Melzer, gewählt. Diese hat in Verbindung mit einer von der Partei gewählten Kommission die Vorarbeiten zu treffen. Am 12. Juli soll vom Ortsausschuss eine Harzreise organisiert werden, wozu auch die Arbeiter-Gesangvereine des Unterbezirks Neuhaldensleben eingeladen werden sollen. Es soll durch Einzelschickungen, welche die Unterhaltungen erhalten, festgelegt werden, wieviel Personen sich an dieser Fahrt beteiligen. Wenn die Beteiligung ausreichend ist, soll ein Extrazug von der Reichsbahn angefordert werden, andernfalls soll die Reise auf Sammelweise durchgeführt werden. Den Delegierten wurde mit auf den Weg gegeben, rege Propaganda für diese Harzreise zu machen. Genosse Falke forderte die anwesenden Delegierten auf, bei jeder Gelegenheit für den Konsum-Verein zu agitieren, damit der Konsum-Verein besser ausgestattet werden kann. Genosse Feldmann gab anheim, daß alle die Genossen und Genossinnen, welche der Kirche den Rücken gekehrt haben, sich dem Verein der Freidenker für Feuerbestattung anschließen. Weiter forderte er, daß die Arbeiter-Gläubigen ihre Kinder, auch schon die Schulkinder, zu den Neuhaldensleben der Arbeiter-Turnvereine schicken und sie von den bürgerlichen Sportvereinen fernhalten. Eine rege Aussprache fand statt über die in letzter Zeit wiederholt vorgekommenen Unfälle in der Keramikindustrie. Es wurde vom Genossen Feldmann verlangt, daß die Betriebsräte hier in energischer Weise eingreifen und jeden nur möglichen Unfallschutz fordern. Genosse Wollmann berichtete über die Lohn- und Streikbewegung bei der Reichsbahn und Genosse Pajemann über die abgebrochene Lohnbewegung der Bauarbeiter. — Vom Theater-Ausschuß. Nachdem nun die Theatergesellschaft, Direktion Sattler u. Gärtner, Neuhaldensleben verlassen wird, finden, organisiert durch den städtischen Theaterausschuß, noch einige Veranstaltungen für das mußte- und kunstliebende Publikum von Neuhaldensleben statt. Vereins am Donnerstag den 19. März wird im Lokal „Goldener Stern“ ein Konzert abgehalten mit dem Ehepaar Professor Ernst Döring als Violoncello-Virtuosen und Margarete Döring (n. Wöllendorf) als Klavier-Virtuosin.

## Stadtkreis Burg.

**Die Angestellten und die Jugend.** Der Zentralverband der Angestellten will den schulentlassenen jungen Menschen ratend und helfend zur Seite stehen. Die Ortsgruppe wird eine Jugendgruppe gründen, und es ergibt deshalb jetzt schon der Ruf an alle Eltern, die ihre aus der Schule kommenden Kinder einem kaufmännischen Beruf zuführen: „Schick eure Kinder in den Zentralverband der Angestellten!“ Der Verband wird im nächsten Winterhalbjahr Kurse für Stenographie und Lachdrift einführen. Die monatlichen Versammlungen der Verbands-Ortsgruppe finden bei Krause, Scharkauer Straße 4, statt. Gäste, die sich für den Verband interessieren, sind stets willkommen. Die Versammlungsabende sind so zugeschnitten, daß neben den gewerkschaftlichen Fragen auch ein unterhaltender Teil geboten wird, bestehend aus belehrenden und heiteren Vorträgen sowie kostloser Verlosung wertvoller Bücher. Jeden Freitag abend von 8 bis 9 Uhr hält der Vorstand der Ortsgruppe im Vereinslokal Krause Musikstunden ab. Hier wird also jedem Rat und Hilfe zuteil. In den nächsten Wochen wird eine eifrige Werbetätigkeit des Verbandes einsetzen. Mitarbeit ist sehr erwünscht. Anmeldungen werden entgegengenommen beim ersten Vorsitzenden Rudolf Rammler, Volkstraße 12, Hermann Walter, Zerbiser Chaussee 14b, und Otto Litz, Kapellenstraße 14.

**Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung** hat hier eine Zahlstelle gegründet. Der Verein, eine proletarische, auf gewerkschaftlicher Grundlage aufgebaute Organisation, besteht seit 20 Jahren, und gewährt seinen Mitgliedern nach einem Jahre Mitgliedschaft gegen niedrige Beiträge und Eintrittsgeld ohne Nachzahlung und Bonenberechnung völlig kostenlos Feuerbestattung einschließlich Transport der Leiche, Urnenstelle und Beisetzung der Aschenabfälle. Bei der Feier im Krematorium wirkt außer einem freigelegten Redner (seinem beamteten Geleitlichen) ein Quartett Sängerrinnen mit. Der Verein umfaßt nur diejenigen Mitglieder, die aus der Kirche ausgeschlossen sind. Kirchengeld

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Gemütlich ist ein typisch deutsches Wort, das keine andre Sprache kennt. Dies ist kein Zufall, achtet man doch in der ganzen Welt die Kunst der deutschen Hausfrau, Gemütlichkeit und Wohlgemut in ihrem Kreise zu verbreiten. Nicht zum kleinsten Teile trägt, mancher Sprichwort sprich, davon, ihre Kunst hierzu bei. Ein neuer Helfer ist unsere Hausfrau in der Feinstmargarine „Schwan im Pland“ entstanden, einer Qualitätsmargarine, die den berühmtesten Saunen befriedigt und durch ihr Verhalten beim Braten, Kochen und Backen jede Hausfrau entzückt.



